

HANNOVERSCHER ANSATZ



VORSCHLÄGE ZUR KINDER- UND SCHULPOLITIK
Seite 4

GRÜNSTROM IM UMBRUCH



NEUES IN SACHEN ÖKOSTROM
Seite 6

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE ANTWORT



STEIGENDE ENERGIEPREISE UND GERINGE EINKOMMEN
Seite 7

AUSSERDEM:

- DIVERSITY S. 5
- SOZIALSTAATSMODELL S. 12
- ASBEST-DEBATTE S. 13

GRÜNE SEITEN



MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER • SEPTEMBER 2008

Nachhaltige Stadtentwicklung bedeutet, dafür zu sorgen, dass Stadtplanung und Stadtpolitik so ausgerichtet sind, dass das Leben in dieser Stadt auch in den nächsten Jahrhunderten noch genau so lebenswert ist wie heute. In der öffentlichen Diskussion wird Nachhaltigkeit oft mit Ökologie/Umweltschutz gleichgesetzt, doch dies wird dem umfassenden Ansatz des „sustainable development“ nicht gerecht. Der Rat der Landeshauptstadt hat "Nachhaltigkeit" als Leitbild der Stadtentwicklung 1999 wie folgt definiert:

1. Die Bevölkerungszahl in der Stadt muss stabil bleiben. Bei der sehr niedrigen Geburtenrate ist dies nur durch die Zuwanderung auch von MigrantInnen möglich und es ist von zentraler Bedeutung, diese gut in die Gesellschaft zu integrieren.

2. Die natürlichen Ressourcen (Energie, Wasser, Luft, Flächen) und die Lebensräume von Pflanzen und Tieren müssen so gesichert werden, dass sie auch noch den zukünftigen Generationen in guter Qualität zur Verfügung stehen.

3. Es müssen genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, wobei der Schwerpunkt der Entwicklung neuer Arbeitsplätze wegen der Globalisierung auf hochwertigen Stellen im Technologiebereich liegen muss.

4. Die Finanzen der Stadt müssen "gesund" sein, dies bedeutet, dass die laufenden Ausgaben nicht höher als die Einnahmen sind. Außerdem muss genügend Geld in die Bestandserhaltung der städtischen Gebäude fließen.

STABILE BEVÖLKERUNG

Während die Bevölkerungszahlen vieler deutscher Städte schrumpfen, ist es in Hannover gelun-

NACHHALTIGES HANNOVER

Hannover ist ein erfolgreiches Beispiel für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Und das hat gute Gründe: Seit 20 Jahren sind die Grünen an der politischen Mehrheit beteiligt. Außerdem ist Hannover die einzige europäische Großstadt, in der die Bereiche Wirtschaft und Umwelt in einer Verwaltungseinheit zusammengefasst sind. Und zwar unter Grüner Leitung: Hans Mönninghoff, seit 19 Jahren Umweldezernent und seit 3 Jahren zusätzlich Wirtschaftsdezernent, beschreibt eine hannoversche Erfolgsgeschichte.



EIN RATHAUS IM GRÜNEN INMITTEN EINER GRÜNEN STADT. FOTO: HERBERT HOPPE

gen, die Bevölkerungszahl von 503.000 in 1990 auf 516.000 in 2005 zu steigern. Im absehbaren Zeitraum ist eine stabile Entwicklung zu erwarten. Hintergrund ist ein ganzes Maßnahmenbündel: Bei der Vergabe von Baugrundstücken wird ein "Kinderbonus" gezahlt; die Versorgung mit Krippen- und Kindergartenplätze ist für westdeutsche Städte vorbildlich und wird in den nächsten Jahren noch gesteigert; durch eine intensive Zusammenarbeit mit den Hochschulen wird versucht, möglichst viele junge Leute nach

Studienabschluss in Hannover zu halten; durch ein tolerantes Stadtklima mit einem vielfältigen Kulturangebot soll Hannover attraktiver für die "kreative Klasse" der 25 - 40-Jährigen werden.

Für eine nachhaltige Entwicklung ebenso wichtig ist die Sozialstruktur. Hier gilt es einerseits zu verhindern, dass gut verdienende Bevölkerungsschichten ins Umland abwandern und andererseits müssen problematische Schichten durch eine zielgruppenorientierte Sozial- und Jugendarbeit „aufge-
FORTSETZUNG: SEITE 2

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

Für eine sichere und klimafreundliche Energieversorgung ohne Atom und neue Kohlekraftwerke werden wir gemeinsam am 8.11.2008 in Gorleben auf die Straße gehen. Der Atomausstieg steht in der grünen Geburtsurkunde. Die älteren erinnern sich an Whyll, Brokdorf, Grohnde oder Wackersdorf. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist heute so richtig wie gestern. Atomkraft ist lebensgefährlich, teuer, schützt nicht das Klima und erzeugt hochgefährlichen Müll, den bisher niemand sicher entsorgen kann, wie die katastrophalen Zustände in der Asse beweisen. Das Loblied, das Atomwirtschaft, Union und FDP zurzeit gemeinsam auf die angeblich billige, sichere und klimafreundliche Atomenergie anstimmen, ist verlogen. Die AKW-Betreiber wollen maximalen Gewinn aus den alten, längst abgeschriebenen Meilern herausholen und gleichzeitig die Machtstrukturen auf dem Energiemarkt zementieren. Dringend notwendige Investitionen in moderne Technologien, Netze und erneuerbare Energien würden damit verhindert, der Klimaschutz weiter vertagt.

Atomkraft ist lebensgefährlich: Tschernobyl sowie Zwischenfälle in Forsmark, Brunsbüttel, Krümmel, Krsko oder Tricastin widerlegen die Behauptung, AKWs seien sicher. Machen wir den 8.11. zu einem denkwürdigen Tag für die Atomlobby! Busfahrkarten nach Gorleben gibt's in der Geschäftsstelle.

**BRIGITTE DEYDA & DIETER ALBRECHT
REGIONS-VORSITZENDE**

FORTSETZUNG VON SEITE 1

fangen“ werden. Einen besonderen Schwerpunkt legt die Stadt Hannover auf die Integration der MigrantInnenbevölkerung, denn ca. 20 % der Menschen in Hannover haben einen Migrationshintergrund. Es ist eine zentrale Herausforderung, diese Menschen gut zu integrieren. Die Stadt hat daher soeben einen umfangreichen lokalen Integrationsplan erarbeitet.

UMWELT- UND LEBENSQUALITÄT

Obwohl Hannover schon Anfang der 1990er Jahre eine hohe Umweltqualität hatte, wurden die Anstrengungen in den letzten 20 Jahren noch erheblich gesteigert. Als ein Ergebnis wurde Hannover im letzten Jahr mit dem 2. Platz im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Naturschutz“ geehrt. Seit 1994 wurden mehr als 8.000 Straßenbäume zusätzlich gepflanzt, neue Parks und Naherholungsgebiete geschaffen und Gewässer renaturiert. Rund 20% der Gesamtfläche der Stadt sind als Landschaftsschutzgebiete für die Naherholung und den Naturschutz gesichert. Die zu entsorgende Abfallmenge konnte durch Vermeidung und Recycling von fast 1,0 Mio. Tonnen in 1990 auf 230.000 Tonnen in 2005 reduziert werden und die Kläranlagen sind auf dem neuesten Stand der Technik.

Auch in die Stadtplanung werden die verschiedenen Nachhaltigkeitsfaktoren erfolgreich integriert. Es wird Wert auf die wohnortnahe Versorgung gelegt und seit Jahrzehnten wird eine Stadtplanung der kurzen Wege vertreten. Einkaufszentren "auf der grünen Wiese" werden mit den Mitteln des Planungsrechts so weit wie möglich verhindert, wodurch die Innenstadt und die vorhandenen Stadtteilzentren gestärkt werden. Neue Baugebiete werden möglichst an Schienenverbindungen geplant und durch die verstärkte Ausweisung von Einfamilienhausgebieten wird die Abwanderung von jungen Familien ins Umland eingedämmt, um die Landschaftszersiedlung und zusätzliche Pendlerströme zu reduzieren.

Der öffentliche Nahverkehr ist regional organisiert und mit Milliardenaufwand wurde sowohl ein regionales S-Bahn-Netz als auch ein Stadtbahn-Schiennetz



LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET ALTE BULT
FOTO: HERBERT HOPPE

ausgebaut. Dieses wird durch ein dichtes Busliniennetz ergänzt, so dass auch die BewohnerInnen kleiner Umlandgemeinden bequem in die Kernstadt kommen. Und ganz aktuell wurde ca. die Hälfte des Stadtgebietes als Umweltzone ausgewiesen, in die nur schadstoffarme PKW und Lastwagen einfahren dürfen. Hannover ist somit eine der ersten deutschen Städte, die die EU-Richtlinie zur Verminderung der Feinstaubbelastung konsequent umgesetzt hat.

Ein zentraler Baustein der Umweltpolitik war schon in der Vergangenheit der Klimaschutz: Im Zeitraum 1990 - 2005 ist es gelungen, den Energieverbrauch (und damit den CO₂-Ausstoß) in Hannover trotz Wirtschafts-

wachstum, größerer Wohnfläche pro EinwohnerIn und zunehmender Mobilität um 7,5 % zu senken. Hannover liegt damit in der Spitzengruppe deutscher Städte und die Entwicklung ist weit besser als in fast allen europäischen Großstädten im gleichen Zeitraum. Zur EXPO 2000 wurde ein neuer Stadtteil "Kronsberg" mit 3.000 Wohneinheiten als europaweites Modellprojekt mit einer gegenüber konventionellen Neubauten 75%igen CO₂-Reduzierung realisiert. Zur Zeit wird versucht, auch bei der Gebäude-Bestandssanierung mit dem von der Europäischen Union geförderten Projekt Concerto ähnliche drastische Einsparungen zu erzielen.

Aktuell hat die Stadtverwaltung zusammen mit dem regionalen, zu 76% der Stadt gehörendem Energieversorgungsunternehmen (enercity) und einer Vielzahl weiterer Institutionen in einer „Klimaallianz Hannover 2020“ einen Plan erarbeitet, die CO₂-Produktion Hannovers bis zum

Jahr 2020 unter vollständigem Verzicht auf Atomstrom (Enercity produziert den in Hannover benötigten Strom vollständig selbst) um insgesamt 40 % zu senken.

ARBEITSPLÄTZE

Soziale Gerechtigkeit und die Finanzierung ökologisch vorbildlicher Maßnahmen ist nur dann möglich, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse in einer Stadt stimmen und genügend Arbeitsplätze vorhanden sind. In der Tendenz ist die Entwicklung positiv, jedoch noch nicht ausreichend: Durch die Globalisierung ist die Zahl der klassischen Industrie-Arbeitsplätze in der Region zwischen 1970 und 2005 um ca. 90.000 auf 47.000 gesunken. Im Gegenzug ist es jedoch gelungen, die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich um 100.000 auf jetzt 310.000 zu erhöhen, sodass die Zahl der Gesamt-Arbeitsplätze in der Region Hannover annähernd so hoch ist wie 1970.

Dennoch ist die Arbeitslosenquote mit mehr als 10 % noch erheblich zu hoch und wir versuchen, mit einem Bündel von Maßnahmen gegenzusteuern: Zum Einen ist die Bestandssicherung und -ent-

FORTSETZUNG: SEITE 3

BEI DEN SOLARHÄNDLERN

Grüne besuchen AS Solar

Kurz vor der Sommerpause besuchten Grüne die Firma AS Solar am Tönniesberg, ein Fachgroßhandel für Solartechnik, der in den letzten Jahren rasant gewachsen ist. Erst 2004 gegründet, beschäftigt AS Solar heute bereits 70 MitarbeiterInnen in Hannover. Die Firma ist bundes- und europaweit aktiv – mit Tochterfirmen in Spanien, Belgien und Frankreich. Von ihrer Firmenzentrale in Hannover aus vertreiben sie Photovoltaik-, Solarthermie- und Pellettsysteme an Fachhandwerk und Installateure. Zudem werden elektronischen Geräte zur Überwachung von Solaranlagen von AS Solar selbst entwickelt und vertrieben. Hinzu kommt noch eine eigene Solarakademie zur Qualifizierung der KundInnen. Das rasante Wachstum von AS Solar zeigt sich nicht nur an der Zahl der MitarbeiterInnen, son-

dern auch an der Umsatzentwicklung. 2004 wurden Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von 2,5 MW verkauft, 2007 waren es bereits Anlagen mit 35 MW Gesamtleistung, wodurch bisher schon 60.000 Tonnen CO₂ eingespart werden konnten. Der Absatz von Sonnenkollektoren stieg von 2000 m² im Jahr 2005 auf 8000 m² Gesamtfläche im Jahr 2007.

Um weiter so dynamisch expandieren zu können, sucht AS Solar ständig weitere MitarbeiterInnen, insbesondere Projekt-IngenieurInnen werden dringend gesucht. Zur Fortbildung von Elektro-InstallateurInnen arbeitet man daher mit der BBS 3 zusammen. Es fehlt aber an FachingenieurInnen in Hannover, diese kommen in erster Linie aus Ba-Wü und NRW. Um sie aber nach Hannover locken zu können, sind wohnortnahe Kinderbetreuungsplätze

ein wichtiges Argument – bei AS Solar denkt man deshalb bereits über eine Betriebs-Kita nach.

Das schnelle Firmenwachstum hat auch bauliche Konsequenzen. In der nächsten Zeit will AS Solar seine bisherigen 3 Standorte an einem einzigen neuen Standort zusammenfassen. Dazu soll ein altes Gewerbegebäude an der Nenndorfer Chaussee zu einem Demonstrationsobjekt für energetische Sanierung mit großer Photovoltaikanlage, solarer Kühlung und Platz für 120 MitarbeiterInnen umgebaut werden.

Wir wünschen AS Solar eine Fortsetzung ihrer Erfolgsgeschichte mit erneuerbaren Energien!

MICHAEL DETTE
michael.dette@
hannover-rat.de



FORTSETZUNG VON SEITE 2

wicklung als klassische Aufgabe der kommunalen Wirtschaftsförderung mit einem Schwerpunkt in der Stärkung der Ökonomie in den dezentralen Stadtteilen (als zentraler Einkaufsstandort Norddeutschlands ist die Innenstadt schon heute bestens aufgestellt) zu nennen. Zum Anderen liegt der Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung in einer eigens dafür gegründeten Gesellschaft (hannoverimpuls), die mit 60 Mio. Euro Etat innerhalb von 10 Jahren sechs technologieorientierte Zukunftsbereiche stärken soll:

- Automotive (Fahrzeugbau, Verkehrswirtschaft)
- Informations- und Kommunikationstechnologie
- Life-Sciences (Medizintechnik, Gesundheitswirtschaft)
- Optische Technologien, Laser-Technologie
- Produktionstechnik, insbesondere Mikrotechnologie
- Energiewirtschaft/Klimaschutz. Speziell für dieses Segment gibt es zusätzlich zur Arbeit von hannoverimpuls schon seit 10 Jahren einen von enercity und der Stadt zusätzlich gebildeten jährlich mit 5 Mio. Euro ausgestatteten Förderfonds, mit dem pro Jahr

ca. 1.000 energetische Gebäudesanierungen und sonstige Klimaschutzprojekte gefördert werden.

Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten hat insbesondere der Themenschwerpunkt Energie eine große Schnittmenge zwischen den Nachhaltigkeitssäulen Ökologie und Ökonomie: Die Investitionen und Techniken im Klimaschutzsektor haben in der Regel eine hohe Wertschöpfungskette für das regionale Handwerk und Gewerbe. Schon heute arbeiten in der Region Hannover ca. 3000 Personen im Bereich Klimaschutz (einschließlich Gebäudesanierung) und die Maßnahmen in der Klimaallianz 2020 werden diesen Bereich weiter stärken.

STABILE FINANZEN

Gleichwertiger Parameter für die Beurteilung der nachhaltigen Entwicklung einer Stadt ist die Situation der Stadtfinanzen. Hannover hat in diesem Zusammenhang in den letzten 15 Jahren sechs Haushaltskonsolidierungsprogramme aufgelegt, mit denen die Kosten für die erbrachten kommunalen Leistungen erheblich gesenkt wurden. Daher wird heute für den laufenden Geschäftsbetrieb nicht mehr Geld ausgegeben als eingenommen. Nachhaltigkeit bedeutet in diesem Zusammen-

hang, dass wir unseren Kindern und Enkeln nicht Schulden in einem Maß hinterlassen, das ihre Leistungsfähigkeit übersteigt.

NACHHALTIGES MANAGEMENT DER STÄDTISCHEN GEBÄUDE

Bei den städtischen Gebäuden muss der Schwerpunkt darauf liegen, dass nicht zusätzliche Gebäude errichtet, sondern die vorhandenen in ihrem Bestand gesichert werden. Nachdem dies in Hannover in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt wurde, hat die Stadt seit dem Jahr 2000 ca. 400 Mio. Euro für die Sanierung ihrer ca. 600 Gebäude (davon 90 % Schulen und Kindergärten) aufgebracht und wird in den nächsten fünf Jahren zusätzlich mehr als 250 Mio. Euro, insbesondere für die energetische Sanierung, investieren.

BÜRGERBETEILIGUNG

Radikalere Schritte in Richtung einer nachhaltigen Stadtentwicklung bedürfen der Unterstützung durch die Einwohnerinnen und Einwohner einer Stadt. Zur nachhaltigen Stadtentwicklung hat es in Hannover schon sehr früh eine offene und sehr umfangreiche Bürgerbeteiligung gegeben: Infolge des UN-Weltgipfels 1992 in Rio und dem Beitritt der Stadt

Hannover 1994 zur Aalborg-Charta haben sich in Hannover mehr als 500 Personen an einem intensiven lokalen Agenda21-Prozess beteiligt, der durch das sehr früh eingerichtete Agenda21-Büro koordiniert wurde.

Hannover unterstützt über das Agenda-Büro hinaus die Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) intensiv durch die Finanzierung eines unabhängigen Bürgerbüros Stadtentwicklung und eine erhebliche Beihilfe für das Umweltzentrum in der Hausmannstraße. Auch bei der Erarbeitung des lokalen Integrationsplans und beim Klimaschutz-Aktionsprogramm gibt es eine intensive Einbeziehung der Öffentlichkeit bzw. der Betroffenen.

Der Erfolg der breiten BürgerInnenbeteiligung und den daraus abgeleiteten und umgesetzten Maßnahmen ist messbar: In regelmäßig durchgeführten Befragungen geben große Teile der Bevölkerung der Stadtverwaltung und der Ratspolitik gute Noten und mehr als 85 % gibt an, gerne in Hannover zu wohnen.

HANS MÖNNINGHOFF

wirtschaft.umwelt@hannover-stadt.de



KAUFLAND IN BARSINGHAUSEN

Oder: Wie eine Stadt ihre Innenstadt kaputt macht.

Die Supermarktkette Kaufland möchte jetzt auch in Barsinghausen bauen. Geplant ist der neue Megamarkt entlang der Egstorfer Straße – am Rande der Innenstadt. Da freut sich die Kommune. Schließlich bringt das Arbeitsplätze und spült ordentlich Gewerbesteuer in die städtische Kasse.

Darüber hinaus ist Barsinghausen im Bereich des Lebensmittel-Einzelhandels ausbaufähig. Die Zahlen des Einzelhandelskonzepts der Region Hannover - erstellt von der CIMA - sprechen hierbei eine deutliche Sprache: So liegt die „Selbstversorgung“ der Stadt bei periodischen Artikeln, also Produkten des täglichen Bedarfs, bei 92,1 Prozent. Dieser Wert ist unterdurchschnittlich für ein Mittelzentrum wie Bar-

singhausen. Zur Bedarfsdeckung fehlen glatte acht Prozent. Nun könnte man meinen, mit diesem Wert der Einzelhandelszentralität Barsinghausens wäre das Startsignal für eine Kauflandansiedlung mehr als gegeben. Oberflächlich gesehen mag das stimmen, doch betrachtet man die Versorgungsquote der Stadt bei Kleidung und Wäsche, schlagen imponierende 147 Prozent zu Buche. Barsinghausen kann sich also in diesem Bereich rühmen, deutlich über dem Durchschnitt zu liegen.

Der Bereich Kleidung und Wäsche zeigt: Die Innenstadt von Barsinghausen ist attraktiv mit seinen kleinen und inhabergeführten Fachgeschäften - nach dem CIMA-Konzept eine eindeutige Stärke Barsinghausens gegenüber anderen Städten. Nun könnte die Kommune städteplanerischen

Spürsinn beweisen, wenn sie die Innenstadt weiter stärkt. Doch mit ihren Planungen, einen riesigen Supermarkt am Rand der Innenstadt anzusiedeln, läuft sie Gefahr ihre eigene Innenstadt auszubluten. Denn wer alles im Supermarkt bekommt, geht wohl kaum noch zum kleinen Fachhandel in die Innenstadt. Stattdessen wäre es sinnvoll kleinere Nahversorger in den Ortsteilen anzusiedeln, um eine mögliche abfließende Kaufkraft in Barsinghausen zu vermeiden. Das dürfte im Sinne einer besseren Versorgung für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen sein. Besonders in Zeiten des demographischen Wandels könnte das ein Standortvorteil im Wettbewerb um die EinwohnerInnen und damit eine nachhaltige Strategie sein. Doch die Verantwortlichen in Barsing-

hausen ignorieren offensichtlich die Empfehlungen renommierter Gutachter. Sie gehen sogar noch ein Stück weiter. Die Stadt plant den Kaufland-Markt mit einer Verkaufsfläche von 3.500 Quadratmetern. Das ist das 2 ½ fache der empfohlenen Fläche für neue NahversorgerInnen.

Durch die fehlende Laufkundschaft für die kleinen Läden besteht die Gefahr eines massiven „Trading-down“-Effekts für die Innenstadt. Der kleine Fachhändler müsste gehen, Handy- und Ein-Euro-Shops kämen. Wie unattraktiv das ist, beweisen viele Innenstädte in der Region.

RAOUL SCHMIDT-LAMONTAIN
Raoul@schmidt-lamontain.de



Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und insbesondere die Gleichstellung von Frauen im berufs- und gesellschaftlichen Leben ist grüne Grundhaltung. Die Verbindung von Schule und Jugendpolitik ist deshalb Schwerpunkt grüner Schulpolitik.

Grüne Schulpolitik steht für die neunjährige Basisschule von der 1. bis zur 9. Klasse, in der Kinder lange gemeinsam betreut werden und spezifische Angebote erhalten. Sie steht für Qualität in der Förderung von Kindern, für ganzheitliches, lebensnahes Lernen und für Lernen im Lebensumfeld. Wir wollen, dass sich die SchülerInnen mit ihrer Schule identifizieren und hier ihre geistigen, kognitiven, sozialen und emotionalen Fähigkeiten entwickeln können. Eine gute Schulpolitik muss der Gesellschaft etwas Wert sein: Genügend und gut ausgebildete LehrerInnen, gute Rahmenbedingungen zum Lernen und Lehren kosten Geld. Grüne Jugendpolitik in Hannover steht für die Ausweitung und Verbesserung der Kinderbetreuung - angefangen von den ganz Kleinen bis zu den Schulkindern. Wir wollen, dass alle Eltern für ihre Kinder die Betreuung erhalten, die sie brauchen. Wir wollen, dass die Kinder in hannoverschen Einrichtungen qualitativ hochwertig betreut und gefördert werden. Dafür gibt die Stadt Hannover mehr und mehr Geld aus und muss es weiter tun.

DAS NIEDERSÄCHSISCHE BILDUNGSSYSTEM

Je mehr das Bildungssystem von CDU und FDP den Bach hinuntergeht, wünschen sich Eltern in Hannover die Gesamtschule. Die offene Ganztagschule, das Billigangebot der Landesregierung, ist keine Antwort auf tatsächliche Bedarfe von Eltern und Kindern. Aktuell fehlen 1000 Betreuungsplätze für Schulkinder.

Mit dem Projekt „Schule im Stadtteil“ startet die Stadt Hannover den Versuch, schlechte Landesschulpolitik kommunal zu verbessern. Die Stadt hat aber in Sachen Schule inhaltlich nichts zu sagen. Mit der schlechten Vereinbarkeit beider Interessen haben wir hinlänglich Erfahrungen gemacht. Aktuellste Beispiele erlebten wir bei der Frage nach der Einführung von IGSen oder bei der Verortung der vorschulischen Sprachförderung.

HANNOVERSCHER ANSATZ

Im Spannungsfeld Niedersächsische Schulpolitik – Schule im Stadtteil – Kinderbetreuung und Hortsituation hat die Grüne Ratsfraktion eigene Vorschläge für Hannover erarbeitet.



MEHR KNETE FÜR DIE KLEINEN: GRÜNES WAHLPLAKAT AUS DEM KOMMUNALWAHLKAMPF 2001.

Wie soll es der Stadt nun gelingen die Grundschulen zu verbessern, wenn wir Schulpolitik nicht entsprechend mitgestalten können? Dieser Artikel will über den aktuellen Stand der Entwicklung informieren, die Diskussion über den Ansatz "Schule im Stadtteil" verbreitern und Position beziehen.

DIE WIRKLICH GUTE IDEE VON „SCHULE IM STADTTEIL“

Von einer „Schule im Stadtteil“ kann man sprechen, wenn sie ein ganztägiger Aufenthaltsort für SchülerInnen ist, außerschulische Personen und Institutionen in den Unterricht ergänzend mit einbezieht, kreative Freizeitgestaltung fördert, sich am öffentlichen Leben im Stadtteil beteiligt, darin fest verankert ist und verbindliche KooperationspartnerInnen hat, mit denen sie auf der Grundlage einer gemeinsamen Haltung und gemeinsamer Zielvereinbarungen arbeitet.

Ziele der „Schule im Stadtteil“ sind, einen lebensnahen Ort der sozialen Integration und lokalen Identität zu etablieren, zusätzliche Lernwelten zu bieten durch Lernangebote in außerschulischen Bereichen, lernschwache Kinder zusätzlich zu unterstützen und zu fördern, die Schule dem Stadtteil

gegenüber weit zu öffnen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

WIE SIEHT DIE WIRKLICHKEIT AUS?

Bisher sind 13 Grundschulen an diesem Projekt beteiligt. Die Stadt bemüht sich auf eigene Rechnung um eine Erweiterung des schulischen Angebotes an ein bis vier Nachmittagen. Ein ganztägiges Angebot über alle fünf Schultage und eine verbindliche Ferienbetreuung sind nicht geplant.

Schulleitungen und LehrerInnen haben weder Auftrag noch Zeit und Geld vom Kultusministerium, um dieses Projekt umzusetzen. Ihre Ressourcen gibt es nur, wenn hohes persönliches Engagement eingebracht wird. Drei städtische Projekt-KoordinatorInnen übernehmen hier die Mammutarbeit.

Gemeinsame Zielvereinbarungen zwischen schulischen und außerschulischen Trägern müssen erst noch gefunden werden. Eine Verbindung der schulischen Angebote mit den Nachmittagsangeboten erfolgt eher additiv und eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen Schul- und anderen Pädagoginnen gestaltet sich schwierig. Eine gemeinsame Augenhöhe gibt es noch nicht, erfor-

derlich ist ein langer gegenseitiger Lern- und Öffnungsprozess.

WIE GEHT ES WEITER?

Der neue Oberbürgermeister hat noch 2006 die Lenkungsgruppe „Jugend und Bildung“ eingerichtet. Sie setzt sich aus Fachleuten mehrerer Verwaltungsbereiche zusammen, wird vom OB geleitet und arbeitet zu Schwerpunkten hannoverscher Jugend- und Bildungspolitik. Neben der Ausstattung der Schulen mit Küchen, Mensa- und Freizeitbereichen für die zukünftigen Ganztagschulen, ist ein wesentliches Thema der Lenkungsgruppe „Schule im Stadtteil“.

Die Verwaltung ist durch den Rat beauftragt, die Evaluationsergebnisse zum Projekt „Schule im Stadtteil“ in den Fachausschüssen Ende 2009 vorzustellen. Als Ziel wird bereits jetzt definiert, die Hälfte aller 51 Grundschulen in Hannover langfristig in ein solches Projekt einzubeziehen.

Im Haushalt der Stadt Hannover für das Jahr 2009 sind Investitionssummen für Projekt-KoordinatorInnen und -Angebote, sowie für Betreuungsersatzmaßnahmen, sogenannte SBMs oder Innos vorgesehen. Keinen ausreichenden Kostenansatz finden wir für die dringend benötigten Hortplätze für Grundschulkinder. Um 1.000 fehlende Plätze zu schaffen, müssten im Haushalt der Stadt ca. 4 Mio Euro eingesetzt werden, zuzüglich räumlicher Investitionskosten.

„Schulen im Stadtteil“ ersetzen eine verbindliche Betreuung bisher nicht. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf endet 2008 für über 1.000 Familien mit der Einschulung der Kinder. Grüne Jugendpolitik und grüne Schulpolitik werden dafür arbeiten, diesen Eltern und insbesondere den Alleinerziehenden Perspektiven aufzuzeigen und Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen.

THESEN ZUR „SCHULE IM STADTTEIL“ FÜR HANNOVER

- Die Idee "Schule im Stadtteil" wird Hannover viel Geld und Ressourcen kosten. Es ist die Frage, ob die gesetzten Ziele des Modells langfristig erreichbar sind.
- Sie wird die niedersächsische Landesregierung darin bestätigen, weiterhin kein Geld auszugeben für eine qualitative Verbesserung der Schulen im Ganztagsbetrieb.

FORTSETZUNG: SEITE 5

FORTSETZUNG VON SEITE 4

- Sie wird die Schulen nicht wirklich besser machen, weil das Konzept vom Land nicht unterstützt wird.
- Das Gros der Schulen beteiligt sich an der Idee nur, solange sie sich finanziell und inhaltlich nicht zusätzlich belasten.
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mit der „Schule im Stadtteil“ so noch keineswegs erreicht.

UND WAS IST NUN DIE GRÜNE IDEE?

Schule zu verändern, ist für grüne KommunalpolitikerInnen sehr attraktiv, weil so ein aufeinander abgestimmtes Konzept von Betreuung, Förderung und Bildung für Kinder bis zum 10. Lebensjahr entwickelt werden kann.

Dies macht aus grüner Sicht Sinn, wenn die Grundschule in kommunale Verantwortung übergeht. D.h., wenn das Land

die Verantwortung an die Stadt abgibt und die notwendigen Mittel bereitstellt. Wir sind der Auffassung, dass die Stadt Hannover solch ein Modell „Grundschule in kommunaler Verantwortung“ starten soll. Auf dieser Grundlage kann ein Konzept „Schule im Stadtteil“ entwickelt und wirklich „gute Idee“ werden. Eine verbindliche „Schule im Stadtteil“ wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten, aber auch deutlich mehr Geld kosten als bisher.

Solange nur knapp ein Viertel der hannoverschen Schulen Ganztagschulen sind und das Land Niedersachsen die Ganztagschule nicht ausreichend finanziert, stehen viele Räume in Schulgebäuden halbtags leer. Die Idee, diese für weitere Nutzungen zu öffnen, entspricht grüner Haltungen im Umgang mit Ressourcen. Wir finden es gut, hier Angebote für Menschen im

Stadtteil zu verorten. Die Ansiedlung von Horten oder auch die Einrichtung von Familienzentren an Schulen ist unsere Priorität

Schulische und außerschulische Träger und Anbieter müssen gemeinsame Konzepte entwickeln, um eine kontinuierliche, die Ferien einschließende Betreuung zu gewährleisten. Es wäre z.B. vorstellbar, ein bedarfsgerechtes Konzept zu entwickeln, das für die jüngeren Schulkinder eine verbindliche Betreuung in Form eines Hortes gewährleistet und fließend für ältere Kinder in eine Angebotsform übergeht, die Betreuung an mindestens drei Nachmittagen bis 17.00 Uhr anbietet.

Wir erwarten die Evaluation der bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen mit „Schule im Stadtteil“ und werden weitere solcher Schulen davon abhängig machen. Wir brauchen eine neue Informations- und Diskussionsgrundlage

zwischen Schul- und Jugendpolitik mit der Verwaltung, um die Entwicklungen gemeinsam organisiert zu begleiten. Deshalb werden wir entsprechende Anträge stellen.

Falsche Politik und fehlende Gelder verhindern den tatsächlich möglichen Einfluss auf Qualität und Quantität des schulischen Angebotes. Den gesellschaftlichen Druck, den wir hier an der Basis spüren, werden wir an das Land weitergeben und entsprechende Forderungen formulieren. Wir werden uns mit der Situation fehlender Hortplätze zum Haushaltsjahr 2009/2010 auseinandersetzen und für neue Betreuungsplätze stark machen.

REGINE KRAMAREK

regine.kramarek@hannover-rat.de



INGRID WAGEMANN

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



DIVERSITY

Potenziale erschließen, Mitglieder und Aktive gewinnen

Ausgehend vom Beschluss der niedersächsischen LDK im November 2005 „Diversity – Vielfalt nutzen!“ hat auch die BDK im Dezember 2006 den Beschluss gefasst, die Diversitätsstrategie zu verfolgen und sie sowohl in die Öffentlichkeit als auch in unsere Partei hinein wirken zu lassen. Nun, knapp ein Jahr vor der Europa- und der Bundestagswahl, ist es höchste Zeit, dass auch unser Regionsverband diese Strategie nutzt, um Mitglieder und Aktive zu gewinnen, neue Perspektiven zu entwickeln, neue politische Inhalte zu entdecken und aus Pluralität neue Ideen zu schöpfen.

Diversity-Management zielt darauf ab, die Vielfalt in unserer Gesellschaft und innerhalb unserer Partei anzuerkennen und zu fördern. Gemeint ist vor allem Vielfalt hinsichtlich Ethnie, Kultur, Religion, sexueller Orientierung und Alter. Die Anerkennung und Organisation von gesellschaftlicher Vielfalt ist die Herausforderung der Zukunft. Wir als Grüne wollen die Chancen nutzen, die unterschiedliche Lebenserfah-

rungen für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft bieten. Im Idealfall sollen möglichst viele Individuen mit ihren unterschiedlichen Lebenserfahrungen in die Aushandlungsprozesse und Entscheidungsfindungen aktiv einbezogen werden. Auf diese Weise wird nicht nur ein Mehr an Partizipation und Mitbestimmung möglich, sondern zugleich auch nachhaltiger Nutzen aus der sozialen und kulturellen Diversität gezogen. Es gilt, die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft viel stärker als bisher als Chance zu begreifen. Daraus sind Anerkennung und Respekt für unterschiedliche Lebensmodelle, andere Sichtweisen und besondere Fähigkeiten zu entwickeln. Nur so kann eine hohe Akzeptanz in möglichst vielen gesellschaftlichen Milieus und eine größere Realitätsnähe von politischen Entscheidungen erreicht werden.

Der Landesverband Niedersachsen hat bisher, um einen Anfang zu machen und das Projekt nicht durch zu viele Ansätze zu überfrachten, einen Schwerpunkt auf die ethnische und kulturelle Vielfalt gelegt. Dabei soll es aber nicht bleiben. Auch andere Di-

versitätskriterien sollen beachtet werden. Dennoch sollen hier kurz die MigrantInnen in der Politik betrachtet werden: Auch bei den Grünen kann die Aufstellung von einzelnen PolitikerInnen mit Migrationshintergrund nicht darüber hinwegtäuschen, dass Parteiloyalität immer noch eine weitgehend migrantenferne Veranstaltung ist. Nur eine geringe Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund hat sich bisher zu einer Mitarbeit in unserer und auch anderen Parteien entschlossen. Dadurch verlieren die Parteien zunehmend an Repräsentativität und Bindung in der Bevölkerung und somit auch an demokratischer Legitimation. Vor diesem Hintergrund ist es eine Frage der Zukunftsfähigkeit von Parteien, ob sie eine eigene Diversity-Strategie entwickeln und somit Bedingungen schaffen, die das Interesse an der Parteiloyalität und politischer Partizipation bei Menschen mit Migrationshintergrund vergrößern.

Deshalb wollen wir gezielt Vielfalt fördern, indem wir entsprechende Mitglieder unterstützen und interessierte Nichtmitglieder zum Mitmachen und letztlich möglichst auch zum Parteibeitritt ermutigen. Hinsichtlich der MigrantInnen ist der Nachholbedarf im Regionsverband Hannover groß. Von den zum Erhebungszeitpunkt gezählten 985 Mitgliedern hatten nur 37 einen Migrationshinter-

grund. Nur 11 dieser Mitglieder waren weiblich. Das spiegelt die gesellschaftliche Realität in keiner Weise wider, wo doch der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund in der Stadt Hannover mehr als 25 Prozent beträgt.

Alle Interessierten sind aufgerufen, sich beim Regionsvorstand zu melden, damit wir gemeinsam Projekte und Aktionen planen können. Zu denken wäre an einen Diversity-Stammtisch oder die Thematisierung im Regionsparteierrat. Auch bei den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften kann Diversity auf die Tagesordnung gesetzt werden, um es in möglichst vielen Bereichen umzusetzen. MandatsträgerInnen sollten sensibilisiert werden, damit sie Diversity als Querschnittsthema in ihrer Tätigkeit berücksichtigen. In den kommenden Monaten des Wahlkampfes und dessen Vorlauf wird es viele Möglichkeiten der Kontaktaufnahme zu Interessierten geben, und eine gesteigerte Aufmerksamkeit für politische Arbeit wird es uns erleichtern, Menschen für ein Engagement bei den Grünen zu begeistern. Diese Chance müssen wir nutzen!

STEPHAN BEINS

stephan.beins@web.de



Grünstrom e.V. hat sich in den vergangenen zwei Jahren von den Tarifierhöhungen und Vertragsumstellungen von enercity, die dem Verein zwischenzeitlich mehr als die Hälfte der Mitglieder gekostet hatten, gut erholt. In weiten Bereichen der Bundesrepublik war „Grünstrom“ sogar günstiger als das Normalstrom-Angebot der örtlichen Anbieter und von der Qualität her ist bzw. war das Grünstrom-Angebot das Ökostromprodukt mit der bundesweit höchsten Qualität zum günstigsten Preis (Heft 8/08 der Stiftung Waren-test). Heute bündelt Grünstrom durch diese Entwicklung etwa 500 KundInnen in Hannover, aber mehr als 1500 außerhalb des direkten Stadtwerke-Netzgebietes in ganz Deutschland.

Die Stadtwerke Hannover (enercity) haben nun leider ihre Angebote für PrivatkundInnen außerhalb ihres Netzgebietes in und um Hannover an eine gemeinsam mit den Stadtwerken Nürnberg gegründete Tochter mit Namen „clevergy“ abgetreten. Diese neue Gesellschaft hält derzeit noch kein Ökostroman-gebot vor.

Zugleich haben die Stadtwerke Hannover ihr PrivatkundInnenan-gebot mit einer neu eingeführten Bonuspunkte-Tarifstruktur, die auch auf das Ökostromangebot übertragen werden soll, grundlegend verändert. Diese Änderung wirkt sich auch auf den Preis aus: Grünstrom mit dem Bündelrabatt war bis jetzt für einen Durchschnittshaushalt (3000 KWh Jahresverbrauch) ca. 100 Euro pro Jahr günstiger, als das neue, qualitativ gleichwertige Ökostrom-Angebot der Stadtwerke (enercity Naturstrom&Option mit Förderung). Ein Grund hierfür liegt darin, dass die Stadtwerke den neuen Ökostrom nur mit 3 Cent Spende anbieten. Bei anderen Ökostromanbietern wird für das goldene Stromlabel wegen des Preisdrucks im Markt nur mindestens 1 Cent pro KWh zur Errichtung neuer regenerativer Anlagen eingesetzt (z.B. ist bei Naturstrom der Spendenbetrag wählbar zwischen 1,25 und 3 Cent). Dieser Unterschied macht bei 3000 KWh immerhin 60 Euro im Jahr aus. Das halten wir für nicht nachfragegerecht. Deutliche Kritik haben wir auch an der verwirrenden Namensgebung

GRÜNSTROM IM UMBRUCH

Der bisherige Kooperationsvertrag zwischen dem gemeinnützigen Verein Grünstrom e.V., den Stadtwerken Hannover (enercity), sowie der Naturstrom AG ist in der bisher bestehenden Form von den Stadtwerken Hannover gekündigt worden. Damit wird enercity zum nächst möglichen Termin allen Grünstrom KundInnen ebenfalls eine Kündigung senden und ein neues Angebot machen. Über die Hintergründe dieser Entwicklung berichten Enno Hagenah und Eberhard Roehrig van der Meer von Grünstrom e.V.

für die neuen Stromangebote bei den Stadtwerken geäußert. Das mit dem bisherigen Grünstrom vergleichbare Produkt erhielt den unverständlichen Bandwurmtitle „enercity Naturstrom&Option mit Förderung“. Völlig andere, ökologisch unwirksame aber deutlich billigere Stromangebote, die wir nicht für unterstützenswert halten, wurden „enercity Naturstrom“ und „enercity Naturstrom&Option“ getauft. Ein Schelm, der Absicht dahinter vermutet. Naturstrom der gleichnamigen „Naturstrom AG“ ist nicht drin, allerdings auch kein Atomstrom. Wir hoffen, dass dieser verwirrende Unsinn von den Stadtwerken bald aufgegeben wird.

HIN ZU EINEM INTEGRIERTEN ANSATZ

Grünstrom e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der seit acht Jahren Erfahrungen mit dem gemeinschaftlichen Bezug von regenerativem Strom gesammelt hat. Die Zielrichtung der ehrenamtlichen Arbeit hat sich von der ursprünglichen Informationsarbeit über ökologische Stromerzeugung und die Bündelung von Kundenmacht im Strommarkt weiter entwickelt. Jetzt will der Verein noch aktiver in die Energieeinsparberatung und die Investition in neue regenerative Anlagen einsteigen.

Die Weiterentwicklung und Veränderung der Schwerpunktsetzung erklärt sich aus der Auseinandersetzung darüber, welche Instrumente für eine ökologische Energiewende am effektivsten eingesetzt werden können. Unser Ziel ist und bleibt die Unterstützung des möglichst schnellen Ausstieges aus der Atomenergie und des beschleunigten Umstieges auf rein regenerative Energieerzeugung! Wichtigste Hebel, um dies zu erreichen, sind:

1. Der offensive und effiziente Einsatz des Energie Einspeise Gesetzes (EEG) und damit die Garantie, dass Netzbetreiber regenerativ erzeugten Strom in der Bundesrepublik zu rentablen, gesetzlich festgesetzten Preisen annehmen. Die Mehrkosten werden auf alle StromkundInnen (Privat und Industrie) umgelegt.
2. Die Bereitschaft zu Investitionen und Verhaltensänderungen möglichst vieler Menschen beim Energiesparen, von der Energiesparlampe über den Kauf energiesparender Geräte und Maschinen, deren sparsame Nutzung bis hin zur Wärmedämmung.
3. Die zusätzliche Investitionsbereitschaft in Energieerzeugung aus Wind, Wasser, Biomasse und Sonnenkraft.
4. Für Grünstrom e.V. ist der individuelle Umstieg auf einen ökologischen Stromanbieter erst der vierte und den anderen drei Punkten klar nachgeordnete individuelle Beitrag für eine ökologische Energiewende.

Jede zusätzlich regenerativ erzeugte und jede durch Effizienz oder Einsparmaßnahmen vermiedene Kilowattstunde ist für die Energiewende mindestens so wertvoll, wie eine mit Zuschlägen bei einem Ökostromanbieter erworbene Kilowattstunde Ökostrom. Zudem ist klar zwischen den verschiedenen Ökostroman-geboten zu unterscheiden, denn die Wirkung für die Energiewende in Deutschland bei den verschiedenen Produkten und Anbietern ist höchst unterschiedlich: Eine Mogelpackung sind Ökostrom-angebote, bei denen lediglich der seit Jahrzehnten bei uns in Wasserkraftwerken erzeugte Strom teurer an umweltbewegte KundInnen verkauft wird. Noch kritischer sehen wir Ökostrom aus dem Ausland. Meist aus vorhandenen Wasserkraftwer-

ken in Skandinavien oder den Alpenländern, da dieser Strombezug an der Energieerzeugung in Deutschland nichts ändert. Im Fall der Gegenrechnung durch so genannte „RECS Zertifikate“ wird dabei sogar deutscher Kohle- oder Atomstrom in gleichem Umfang an die Erzeugerländer zurück geliefert. Dennoch gibt es für solche Stromangebote z.B. ein ÖKO-Zertifikat vom TÜV. Nur Ökostrom mit dem „Grünen Strom Label in Gold“, zertifiziert von einem Zusammenschluss der deutschen Umweltverbände, kann in der Qualität mithalten mit Energieeinsparung oder direkter Investition in regenerative Erzeugungsanlagen. Hier machen sich die Anbieter das EEG zu Nutze und bieten Strom aus neuen, regenerativen Anlagen in Deutschland mit einem Zuschlag von 1 bis 3 Cent pro Kilowattstunde an, der zur Investition in neue regenerative Anlagen eingesetzt wird (kombiniert mit der EEG Finanzierung über alle StromkundInnen). Dies wird von unabhängiger Seite kontrolliert und zertifiziert.

Welcher Weg bei der Förderung von ökologischer Stromerzeugung der beste ist, hängt somit entscheidend von der Motivationslage und insbesondere vom Geldbeutel ab. Am besten ist es, sich zu fragen: Wie bewirken meine Klimaschutzinvestitionen am meisten? Wenn dabei nach Einsparen und Investieren in Neuanlagen noch finanzieller Spielraum besteht, ist es zusätzlich sinnvoll auch den eigenen Stromkonsum möglichst effektiv für die Energiewende einzusetzen.

Für Grünstrom-KundInnen, die weiterhin möglichst korrekten und wirkungsvollen Ökostrom beziehen möchten, vermitteln wir die nach unserer Recherche effizientesten Ökostrom-Angebote. Im Stadtwerke-Netz bieten wir den Premium Ökostrom der Stadtwerke Hannover („enercity Naturstrom&Option mit Förderung“) an und im übrigen Bundesgebiet den etwas günstigeren Ökostrom der Naturstrom AG ohne Beteiligung der Stadtwerke.

EBERHARD RÖHRIG-VAN DER MEER

e.roehrig-vanderMeer@umweltzentrum-hannover.de



ENNO HAGENAH

enno.hagenah@lt.niedersachsen.de

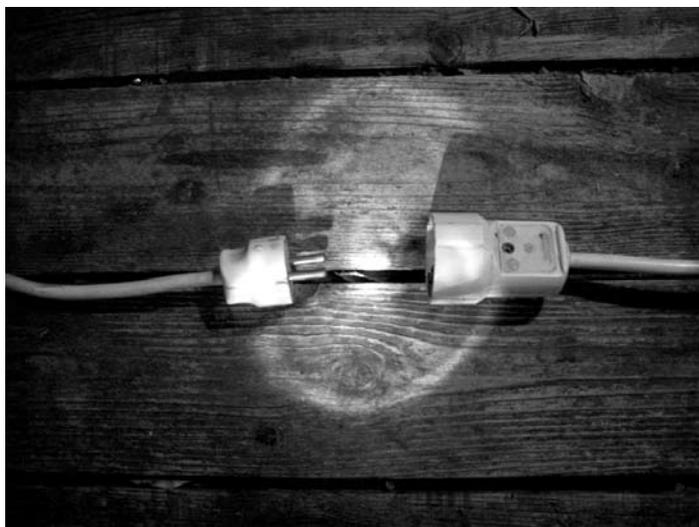


Am 12. Mai 2007 hatte die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Hannover der Grünen in einer Resolution an die Stadtwerke Hannover AG festgestellt, dass die derzeitigen Energiepreise ein ernstes soziales Problem darstellen, die zu einer Spaltung der Gesellschaft führen können. Licht und Wärme seien aber ebenso wie Nahrung, Kleidung und Wohnung existentielle Güter, auf die alle Menschen ein Anrecht hätten, hieß es in der Resolution. Die Mitgliederversammlung appellierte deshalb an den Vorstand der Stadtwerke Hannover AG, möglichst rasch einen Sondertarif für EinwohnerInnen mit geringen Einkommen zum Energiebezug anzubieten. Außerdem wurden Bonuszahlungen für besonders sorgsamem Umgang mit Energie und eine Förderung energieeffizienter Haushaltsgeräte für Haushalte mit geringen Einkommen gefordert.

Ein Sozialtarif eines Energieversorgers ohne Energiesparberatung ist aber weder von nachhaltiger Wirksamkeit, noch ist er umweltverträglich. Erfahrungen des Wolfsburger Projektes "Energieberatung zuhause" haben aber gezeigt, dass sich durch Beratung einkommensschwacher Haushalte der Energieverbrauch in diesen Haushalten um 20 bis 30 Prozent verringern lässt, wodurch sowohl diese Haushalte als auch die Umwelt entlastet werden. Außerdem haben in Wolfsburg ALG-II-EmpfängerInnen eine Qualifizierung und Arbeitsgelegenheit als EnergieberaterInnen erhalten. Die rot-grüne Ratskoalition beauftragte daher im April 2008 die Stadtverwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes zur Energiesparberatung analog des „Wolfsburger Modells“ in Zusammenarbeit mit der Region Hannover, der ARGE, dem Job Center in der Region Hannover

LICHT UND WÄRME FÜR ALLE

Sozial-ökologische Antworten auf die anhaltend steigenden Energiepreise müssen her. Ein Rück- und ein Ausblick.



AUF DIE VERBINDUNG ZWISCHEN SOZIALER UND ÖKOLOGISCHER VERANTWORTUNG KOMMT ES AN. FOTO: ☺☺_MADDIN_

und den Stadtwerken Hannover. Auch das Problem der Schulden bzw. Nachzahlungen beim Energieversorger sollte in dem Konzept Berücksichtigung finden. Leben doch in der Region Hannover 66.000 Bedarfsgemeinschaften, die SGB II oder SGB XII-Leistungen empfangen. Die für das tägliche Leben benötigte Energie ist zwar im Leistungsumfang enthalten, doch häufig führt ein längerer Aufenthalt zu Hause, schlecht isolierte Wohnungen oder veraltete Elektrogeräte zu hohen Nachforderungen des Energieversorgers.

Im August legte die Stadtverwaltung daraufhin ein Konzept zur Energiesparberatung einkommensschwacher Haushalte vor. Mit der Kampagne Energiespar-

beratung für Mieterhaushalte sollen sowohl Haushalte mit geringem Einkommen als auch die Umwelt entlastet werden und außerdem zehn ALG-II-EmpfängerInnen eine Qualifizierung und Arbeitsgelegenheit als EnergieberaterInnen erhalten. Die Umsetzung soll zunächst in Hainholz (noch 2008) und Stöcken (2009) mit einem überproportionalen Anteil SGB II- und SGB XII-EmpfängerInnen erfolgen, Zielgruppe sind jedoch alle MieterInnen in diesen Stadtteilen.

Angesichts der enormen Gaspreiserhöhung durch die Stadtwerke Hannover wie auch anderer Energieversorger besteht aus Sicht der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen jedoch weiterer politischer Handlungsbedarf.

Da Energie kaum wieder billiger wird, brauchen wir konzertierte Anstrengungen, um anhaltende Preissteigerungen aufzufangen. Wir setzen uns für eine finanzielle Unterstützung einkommensschwacher Haushalte bei der Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte ein. Sinnvoll sind selbstverständlich forcierte Anstrengungen bei der energetischen Sanierung von Mietshäusern und auch ein stärkeres Bewerben des Gas&Fix-Angebotes der Stadtwerke. Zudem sind auch soziale Maßnahmen wie zum Beispiel Ermäßigungsregelungen für Familien mit mehreren Kindern (Beispiel Stadtwerke Witten) oder andere Tarifmodelle zu diskutieren.

Letztendlich benötigen wir für Erfolg versprechende, sozial-ökologische Ergebnisse ein umfassendes Bündel von Maßnahmen und konzertierte Anstrengungen. Daher fordern wir u.a. unseren Oberbürgermeister Stephan Weil, den Koalitionspartner SPD, den Aufsichtsratsvorsitzenden der Stadtwerke Hannover, Walter Meinhold, bzw. dessen Vorstandsvorsitzenden Michael G. Feist auf, in diese Richtung mitzuwirken.

Die grüne Ratsfraktion wird dazu am 30. September im Mosaiksaal des Neuen Rathauses eine öffentliche Veranstaltung durchführen (siehe Kasten), mit der wir ausloten wollen, welche weiteren kommunalen Möglichkeiten bestehen, um auf die steigenden Energiepreise eine sozial-ökologische Antwort zu geben, um für einkommensschwache Haushalte und kinderreiche Familien die Energieverbräuche zu senken und Auffangmöglichkeiten zu schaffen.

MICHAEL DETTE
michael.dette@hannover-rat.de



MITREDEN:

Sozial-ökologische Antwort auf steigende Energiepreise

Die Ratsfraktion Hannover von Bündnis 90/Die Grünen lädt zu einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema ein.

Zeit: Dienstag den 30. September 2008, 17:00 bis 20:00 Uhr

Ort: Mosaiksaal des Neuen Rathauses.

Zu Gast: Die stellvertretende Vorsitzende der Grünen Bundestagsfraktion Bärbel Höhn und andere ExpertInnen.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES STADTVERBANDES

Thema: Haushalt

Am Dienstag, den 04. November 2008, findet um 18:00 Uhr im Untergeschoss des Grünen Zentrums (Senior-Blumenberg-Gang 1) die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Hannover statt. Hauptthema wird der Haushalt der Landeshauptstadt Hannover sein.

Rückfragen unter 0511 - 32 33 14 oder stadt@gruene-hannover.de

DATENSCHUTZ INS GRUNDGESETZ

Mit täglich neuen Datenschutzskandalen von Lidl über Einwohnermeldeämter bis Telekom waren wir vor der Sommerpause 2008 befasst. Bereits zuvor haben wir Grünen versucht, den Datenschutz auf wichtigen Feldern zu verbessern: Sei es mit einem Antrag für mehr Arbeitnehmerdatenschutz, gegen den uferlosen Datenaustausch mit den USA oder mit einem Beschluss zur Aufnahme des Datenschutzes in die Verfassung.

Das Grundgesetz wird demnächst 60 Jahre alt. Der rasante technische Fortschritt bei den Informations- und Kommunikationstechnologien konnte 1949 nicht vorausgesehen werden. Deshalb blieb es bisher im Wesentlichen dem Bundesverfassungsgericht überlassen, den notwendigen Schutz der Grundrechte durch eine Auslegung des Grundrechtskatalogs sicher zu stellen. Als Meilensteine auf diesem Weg sind das Volkszählungsurteil aus dem Jahre 1983 und das Urteil zur Online-Durchsuchung vom 27. Februar 2008 zu nennen.

Der verfassungsgebende Gesetzgeber ist gehalten, die neuen Grundrechte im Bereich der neuen Technologien widerspruchsfrei in die bestehende Grundrechtsordnung einzufügen. Eine Verankerung klarer Gewährleistungen für den Bereich des Datenschutzes soll darüber hinaus Aufforderung an den Gesetzgeber sein, die schon lange notwendige Überarbeitung der Datenschutzgesetze endlich anzugehen und insbesondere auch den Schutz vor zunehmend bedrohlicher privater Datensammlung auszubauen. Unser Gesetzentwurf **Datenschutz ins Grundgesetz** im Internet: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/096/1609607.pdf>

Bis zur Überarbeitung der Rechtsvorschriften bleibt Verbraucherinnen und Verbrauchern nur die Möglichkeit zur Eigeninitiative. Folgende Tipps helfen gegen den Datenklau:

- **Ankreuzkästchen prüfen:** Lesen Sie das Kleingedruckte. Deaktivieren Sie bei Online-Bestellungen das Häkchen, das die Zusendung von Werbung oder die Adressweiterleitung erlaubt.

- **Sicher surfen:** Der Internet Explorer – und kein anderer Browser – verwendet die Technologie ActiveX, durch die private oder sicherheitsrelevante Daten einfach ausgelesen, gelöscht oder manipuliert werden können. Auch Viren oder Trojaner können damit

installiert werden. Das Anonymisierungsprogramm TOR schützt Sie vor der Analyse des Datenverkehrs beim Surfen, Chatten oder E-Mails. Programme wie GNU Privacy Guard (GnuPG) und Pretty Good Privacy (PGP) ermöglichen die sichere Verschlüsselung von E-Mails. Mehrere E-Mail-Adressen und ungewöhnliche Alias-Namen helfen den Datenverkehr in die richtige Spur zu lenken.

- **Mit privaten Daten geizen:** Bevor Sie Informationen, Videos oder Bilder von sich in sogenannte soziale Netzwerke einstellen, stellen Sie sich vor, ob Sie diese Daten gern auf Seite 1 einer großen Tageszeitung sehen möchten. Wenn nicht, verzichten Sie. Kundenkarten besitzen neun von zehn VerbraucherInnen. Neben Name, Anschrift, Geburtsdatum, Anzahl der Kinder, Nettoeinkommen, Handynummer und E-mail-Adresse werden dort auch die Einkaufsdaten (wann habe ich wo was gekauft?) gespeichert. Der Kunde wird zum gläsernen Verbraucher.

- **Achtung Abzocke:** Meiden Sie verlockende Gewinnspiele im Internet. In der Regel haben diese nur ein Ziel: Ihre Adresse für Werbezwecke abzuschöpfen.

- **Einspruch einlegen:** Auch wenn die nachträgliche Kontrolle Ihrer Daten schwer ist, können Sie auch nachträglich der Weitergabe und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Verlangen Sie einfach eine komplette Löschung Ihrer Kundeninformationen.

- **Störenfriede abblocken:** Unerlaubte Werbeanrufe oder Hausbesuche können Sie einfach mit den Worten "Ich bin nicht interessiert! Guten Tag." beenden. So verhindern Sie, dass der Verkäufer bereits das Gespräch als Zustimmung zum Vertragsabschluss auslegt. Und wer dennoch überredet wurde, kann innerhalb von 14 Tagen sein Widerrufsrecht nutzen.

- **Geld zurückbuchen:** Kontrollieren Sie regelmäßig Ihre Kontoauszüge. Finden Sie darauf unerklärliche Abbuchungen, machen Sie sie bei der Bank rückgängig. "Rückgabe der Lastschrift" heißt das im Bankendeutsch. Gründe müssen Sie dabei nicht angeben. In der Regel haben Sie sechs Wochen dafür Zeit.

POLITISCHE BILDUNGSFAHRT
Die nächste politische Bildungsfahrt nach Berlin findet vom 8. – 10. Oktober 2008 statt, es gibt noch Plätze, bei Interesse bitte im Wahlkreisbüro anmelden.

SILKE STOKAR
silke.stokar@wk.bundestag.de
Tel.: 0511 30 66 52



VISION ZERO

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr für Kinder und Jugendliche. Ein Rückblick auf die Veranstaltung der Grünen Ratsfraktion.



V.L.N.R.: DETLEV GÜNDEL, GERD SCHÖLER, HARTMUT KÖNNER, MICHAEL DETTE, MAARET WESTPHELY, GERHARD KUMM-DAHLMANN, DIETMAR OTTE.

Laut dem „Kinderunfallatlas“ der Bundesanstalt für Straßenwesen und dem von der Stadt Hannover in Auftrag gegebenen Gutachten zur Familienpolitik der Prognos AG Basel gibt es in Hannover ein vergleichsweise hohes Unfallrisiko für Kinder. Mit der öffentlichen Veranstaltung am 21. August im Hodlersaal des Neuen Rathauses wollten wir als grüne Ratsfraktion daher zum Einen herausarbeiten, was die wesentlichen Ursachen für Unfälle von Kindern auf den Straßen von Hannover sind. Gleichzeitig versprachen wir uns wichtige Vorschläge für unfallpräventive Maßnahmen von den verschiedenen Referenten und aus dem Publikum. Letztendlich wollen wir die bestehenden Maßnahmen zur Unfallvorsorge im Straßenverkehr forcieren und streben die Vision Zero für unsere Stadt an, also das Ziel einer Stadt mit null Verkehrstoten. In Schweden wird diese Vision erfolgreich umgesetzt. Sie ist sogar gesetzlich als nationales Ziel verankert.

Nach einer kurzen Begrüßung und Einführung eröffnete Gerhard Kumm-Dahlmann, der Leiter des städtischen Fachbereichs Tiefbau, den Vortragsteil der Veranstaltung mit einem Referat mit dem Titel „Verkehrssicherheit in Hannover – was wird getan?“. In seinem Vortrag berichtete Kumm-Dahlmann von den Überprüfungen aller Kreuzungen, die an Schulwegen liegen, der Verbreiterung von Mittelinseln und Geschwindigkeitsnachprüfungen vor Schulen

und Kitas. Den Ursachen für die hohe Unfallgefahr für Kinder in Hannover wolle die Stadt mit weiteren Untersuchungen durch ein Ingenieur-Büro und die Unfallforschung der MHH nachgehen. Unter Anderem wolle man herausfinden, ob in Hannover zu wenig kontrolliert werde, die Stadt zu autogerecht und das Geschwindigkeitsniveau zu hoch sei.

Anschließend referierte Prof. Otte von der Verkehrsunfallforschung der MHH zum Thema „Verkehrssicherheit in der Stadt Hannover - Erkenntnisse der Unfallforschung durch Erhebungen am Unfallort“. Auffallend sei für Hannover, so Otte, dass es viele Unfälle von FußgängerInnen und RadfahrerInnen an Knoten gäbe und das die Geschwindigkeit von Autos häufig zu hoch sei. Dabei könne insbesondere die Temporeduzierung Leben retten, weil die Gefahr schwerer Verletzungen für Kinder unter Tempo 30 gering sei, bei mehr als 50 km/h hingegen rapide ansteige. Maßnahmen zur Unfallreduzierung seien vor allem Geschwindigkeitskontrollen und eine Verbesserung der Sicht beim Rechtsabbiegen.

Der Verkehrssicherheitsberater der Polizeidirektion Hannover, Gerd Schöler, stellte in seinem Vortrag fest, dass PKW die mit Abstand häufigsten Unfallverursacher sind, beschrieb die schweren Unfälle von Kindern im ersten Halbjahr 2008, häufig im

FORTSETZUNG: SEITE 9

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Zusammenhang mit parkenden Autos, und stellte die polizeilichen Unfallpräventionsmaßnahmen wie Verkehrserziehung, Radfahrprüfungen und Schulwegüberwachungsmaßnahmen vor. Detlev Gündel von der Planungsgemeinschaft Verkehr trug danach zur Unfallvorsorge im Bereich Radverkehr vor, dass vor allem Rad fahrende Kinder und Jugendliche im Straßenverkehr gefährdet seien und darunter insbesondere Jungen zwischen zehn und 14 Jahren. Hauptunfallursachen seien Vorfahrtverletzungen durch PKW, Rechtsabbiegeunfälle, Unfälle mit aufgehenden Autotüren und Unfälle beim Überqueren von Straßen in Zusammenhang mit Sichtbehinderungen durch parkende PKW. Gleichwohl würde ein höherer Radverkehrsanteil in einer Stadt, so Gündel, nicht automatisch zu einer höheren Unfallbelastung führen. Das Beispiel Kiel zeige, dass mehr Radverkehr und weniger Unfälle miteinander vereinbar seien.

Zum Abschluss stellte Hartmut Könner, Tiefbauamtsleiter der Stadt Krefeld, die Erfahrungen und Erfolge der Initiative "Krefelder Fairkehr" vor. Ausgangspunkt dieser Initiative sei gewesen, dass Krefeld in den 90er Jahren immer einen hinteren Platz in der Landesstatistik von NRW für Unfälle mit Kinderbeteiligung eingenommen habe. Krefeld habe daraufhin von der Ruhruniversität Bochum ein Gutachten erstellen lassen, dass als Hauptursachen für Kinderunfälle sichtbehinderndes Parken, zu hohe Geschwindigkeit, unsicheres Verkehrsverhal-

ten Rad fahrender Kinder und unzureichende oder fehlende Querungsmöglichkeiten für FußgängerInnen und RadfahrerInnen identifiziert habe. Anschließend habe man sich, so Könner, an die Umsetzung der im Gutachten vorgeschlagenen Maßnahmen zur Unfallvorsorge gemacht. Dazu gehörten verstärkte Kontrollen des ruhenden Kfz-Verkehrs, wobei mit „Knöllchen-Karten“ auf den Zusammenhang von Falschparken und Kinderunfällen hingewiesen wird, und verstärkte Geschwindigkeitskontrollen auch durch einen zusätzlichen Radarwagen. Außerdem gehörten Sperrflächen und Poller gegen sichtbehinderndes Falschparken an Einmündungen, Geschwindigkeitsbegrenzungen, Parkverbote, Großpiktogramme auf der Fahrbahn und besondere Schilder an Unfallbrennpunkten und zusätzliche Querungsmöglichkeiten zu den Maßnahmen. Ein besonders bedeutsamer Teil der Initiative „Krefelder Fairkehr“ sei eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, u.a. mit Kino- und Hörfunkspots, Flyern, Plakaten, Internet-Auftritt und einem Theaterstück. Dies habe seit der Vorstellung der Analyse der Uni Bochum im Jahr 1999 zu einer Verringerung der Unfälle mit Kinderbeteiligung bis 2008 von über 30 Prozent geführt.

Die kompletten Vorträge der Referenten findet Ihr auf der grünen Internetseite www.gruene-hannover.de unter Ratsfraktion.

MICHAEL DETTE
michael.dette@
hannover-rat.de



AUS DEM LANDTAG

Diesmal fand das übliche politische Sommerloch in Niedersachsen wegen diverser sich überschlagender Ereignisse schlicht nicht statt.

Wegen der immer neuen Hormormeldungen aus dem maroden Atom-Salzstock Asse, die vor allem wegen des beharrlichen Nachhakens des grünen Fraktionsvorsitzenden und neuen Umweltausschussvorsitzenden Stefan Wenzel an den Tag kamen, ist das Atomendlagerthema zum Glück wieder bundesweit in der Diskussion. Die gleichen „Experten“, die über Jahrzehnte das angebliche Forschungs-Atomlager Asse als illegale Atom-Müllkippe betrieben haben und alle auftretenden Probleme unter den Teppich gekehrt haben, gaben auch die Expertisen für das mehr denn je umstrittene Atomüllendlager Gorleben. Jetzt sind die Befürworter einer Endlagerung von Atomüll in Salz endlich in der überfälligen Erklärungsnot und die Chancen einer neuen Endlagersuche wachsen.

Ebenso hektisch wie im Umweltbereich waren die Sommerwochen auch für die Wirtschaftspolitik in Niedersachsen. Die mit unfeinen Methoden vorangetriebene Übernahme des Dax-Konzerns Continental durch die süddeutsche Schaeffler Gruppe erscheint Enno als bittere Fortsetzung des wirtschaftspolitischen Niederganges in Niedersachsen unter Schwarz-Gelb. Seit Monaten läuft der Ausverkauf bei der TUI mit der geplanten Trennung von der Schiffssparte, bei Karmann in Osnabrück gehen gerade viele Lichter aus und die Mehrheit am derzeitigen niedersächsischen Konjunkturmotor VW hat sich der Porsche-Clan aus dem Süden schon gesichert. Erfolgreiche Standortpolitik sieht anders aus. Als Konsequenz will Enno die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Offenlegungspflicht bei Anteilsaufkäufen deutlich verschärfen. Besonders die Strafandrohung bei Verstößen soll mindestens in der Höhe der erhofften Gewinne bei derartigen Transaktionen angehoben werden. Dies könne zwar die bereits eingetretenen Übernahmen nicht rückgängig machen, müsse

aber zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland insgesamt umgesetzt werden, damit das Schaeffler Vorgehen nicht Schule macht, so Enno.

Eine Menge Tiefschläge von Seiten der Landesregierung musste in den Sommerwochen auch der Kultur- und Wissenschaftsstandort Hannover einstecken. Weder das neue Konzept für das Landesmuseum, noch die unausgegorenen Pläne für eine Niedersächsische Technische Hochschule (NTH) sind akzeptabel:

Akademisch betrachtet mag es Sinn machen, niedersachsenweit die Konzentration auf klassische Kunst voranzutreiben und daher auch im Landesmuseum einen solchen Schwerpunkt zu bilden, aber am Standort Hannover hinterlasse dieser Schritt eine sinnlose und bedauerliche Lücke. Schließlich macht gerade die Vielfalt mit Kunst, Aquarien und archäologischen Präsentationen das Landesmuseum besonders für Schulklassen und Familien mit Kindern interessant.

Auch die Idee der Bündelung der technischen Uni-Lehrstühle aus Braunschweig, Clausthal und Hannover hat vor dem Hintergrund der damit zugleich gebündelten unterschiedlichen Schwerpunktkompetenzen im bundesweiten Universitäts- und Exzellenzwettbewerb durchaus einen Sinn. Was dafür aber bisher fehlt ist ein schlüssiges Organisations- und Handlungskonzept, das in den bisherigen Standorten die dort notwendige Autonomie weiter sichert und die Kooperation dennoch entscheidend verbessert. Da die Leibniz Uni als einzige der Kooperationspartner nicht nur über eine technische, sondern auch über eine geisteswissenschaftliche Fakultät verfügt, wird dieser Schritt einer quasi bevorstehenden Teilung der Leibniz Uni in Hannover ein Problem. An den anderen Standorten würden jeweils alle bisherigen Fakultäten in der NTH aufgehen.

ASSE UND GORLEBEN – EIN KONZEPT LÖST SICH AUF

Info- und Diskussionsveranstaltung mit Stefan Wenzel, Fraktionsvorsitzender der Grünen im niedersächsischen Landtag



Die Vorfälle im ehemaligen Salzbergwerk Asse zeigen erneut, dass die Atomenergie ein nicht beherrschbares Risiko darstellt und dass es keine sichere Endlagerlösung für Atomüll gibt. Gerade im Hinblick auf die anstehenden Castor-Transporte nach Gorleben gibt diese Veranstaltung mit Stefan Wenzel eine gute Möglichkeit zur Information und Diskussion.

Freitag, 24.10.2008, 16:30 Uhr
Üstra-Remise, Goethestraße 9, Hannover

ENNO HAGENAH
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308



HAUSHALT 2009

Weit vor der Haushaltseinbringung, denn der Entwurf der Regionsverwaltung wird bekanntlich erst im Dezember eingebracht, steht für die Regionsfraktion fest: Die Null muss stehen! Eine Haushaltsführung 2009 ohne Ausgleich des strukturellen Defizits wird es mit den Grünen in der Regionsversammlung nicht geben. In den kommenden Wochen und Monaten wird es darauf ankommen, sowohl drastisch zu sparen als auch deutlich zu machen, dass die regionsangehörigen Kommunen Teil der Region sind.

IM HEIZUNGSKELLER UNTER DER AFFENANLAGE ...

...konnte die Fraktion mit dem Zoodirektor über energiebewusste Sanierung diskutieren. Wir meinen, der Zoo soll sich energiebewusster positionieren. Als Tochter-Gesellschaft der Region Hannover hat er im Klimaschutz Vorbildfunktion und sollte sich an die anspruchsvollen Ziele der Region bei der energetischen Sanierung halten. Und wie geht es im Zoo weiter, wenn das Projekt Yukon Bay, als letzter Baustein der hoch finanzierten „EXPO-Projekte“, fertig ist? Zoo und Region werden für die Finanzierung weiterer Highlights viel Fantasie entwickeln müssen – denn die Kassen sind leer! In einem Punkt sind sich Zoodirektor und Fraktion aber absolut einig: Der Zoo ist ein herausragendes touristisches Ziel in der Region Hannover!

SCHWERMETALLE UND RADIOAKTIVE STOFFE ...

...wurden im Wohngebiet am De-Häen-Platz in Hannover gefunden. Dass die jetzigen privaten Grundstückseigentümer die Altlastenentsorgung bezahlen und für die Umweltsünden des Chemiekonzernes büßen müssen, finden wir nicht in Ordnung. Wir sehen die De-Häen-Nachfolge-Firma Honeywell in der moralischen Verpflichtung, sich an der Beseitigung ihrer gefährlichen Altlasten zu beteiligen. Ob es finanzielle Unterstützung durch EU-Gelder gibt, soll eine grüne Anfrage klären. Außerdem soll die Anfrage erhellen, was in Seelze bei Honeywell eventuell

noch an Gefahren schlummert. Und last but not least fordern wir eine Prioritätenliste, damit bekannt wird, wo in der Region welche Gefahren mit welchem Gefährdungspotenzial lauern.

MOOR-FANS...

... finden sich am 20. und 21. September in Bissendorf zum Mooraktionswochenende ein. Das haben NABU und BUND mit Unterstützung durch die Regionsfraktion ins Leben gerufen, um das Projekt Hannoversche Moorgeest zu stützen. Am 20.9. startet um 18.30 Uhr der theoretische Teil im Bürgerhaus und am 21.9. geht es in die Moore! Programme bei uns oder im Internet unter: www.nabu-regionhannover.de

VORSORGEN STATT NACHLÖSEN ...

...sollen Nahverkehrs-KundInnen können. Deshalb soll der Vorratskauf von Bus- und Stadtbahnfahrkarten in den Vorverkaufsstellen gesichert werden. Schließlich ist ein guter Fahrkartenverkauf auch im Interesse der Verkehrsunternehmen und der Region Hannover. Wir setzen uns deshalb für die Vorverkaufsstellen ein und für Fahrkartenautomaten, in denen man/frau auch Sammelkarten ziehen kann.

GRÜNE GUCKEN HIN

Die sozialpolitische Sprecherin Doris Klawunde und Raoul Schmidt als jugendpolitischer Sprecher der Regionsfraktion haben genau hingeguckt. In ihrem Sommerbesuchsprogramm sprachen beide mit den MitarbeiterInnen der unterschiedlichsten sozialen Einrichtungen in der Region. Die Bilanz ist positiv. Sie nahmen nicht nur Anregungen für ihre politische Arbeit mit, sondern konnten sich auch ein Bild von den Problemen vor Ort machen.

BESICHTIGUNG

Die Verkehrs-AG besucht am 9. Oktober ab 13:40 Uhr metronom in Uelzen und besichtigt das Betriebswerk. Interessierte melden sich bei Katja Busch: 61622082; Katja.Busch@region-hannover.de

EURE REGIONSFRAKTION

gruene@region-hannover.de
Tel.: 0511 616 22 084

STADTBAHN-SCHRAUBER UND VERKEHRSLENKER

Grüne Besichtigung der Stadtbahnwerkstatt Glocksee und der Verkehrsmanagementzentrale



DIE GRÜNE DELEGATION LÄSST SICH DEN BETRIEB IN DER WERKSTATT GLOCKSEE ERKLÄREN.

Im Mai besichtigte eine Gruppe von 14 Grünen die Stadtbahnhauptwerkstatt Glocksee der üstra und die benachbarte Verkehrsmanagementzentrale Niedersachsen/Region Hannover, die von der Region Hannover und der niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr betrieben wird.

Zunächst wurden wir vom Werkstattleiter durch die zentrale Hauptwerkstatt der üstra für Stadtbahnen geführt, die für die umfangreicheren Instandhaltungen, Reparaturen und Hauptuntersuchungen zuständig ist. Unter Anderem werden dort die Fahrgestelle ausgetauscht und alle 15 Wochen die Räder, mit denen die insgesamt 291 Stadtbahnwagen pro Jahr rund 24 Mio. Km zurücklegen, mit Hilfe teurer Messanlagen auf Verschleiß untersucht. Außerdem werden in der Werkstatt jährlich zwei bis drei Stadtbahnen mit Unfallschäden repariert, wobei Ersatzteile für die grünen TW 6000 zum Teil nicht mehr zu bekommen sind und daher selbst hergestellt werden müssen. Bis auf einen Stadtbahnwagen, der nach einem Unfall verschrottet werden musste, konnten bisher alle Wagen wieder repariert werden. Dazu

kommt als weitere Aufgabe der Stadtbahnhauptwerkstatt Glocksee die Hauptuntersuchung oder „Midlife-Untersuchung“ der Stadtbahnwagen. Jede dieser Untersuchungen kostet bei den grünen Stadtbahnen ca. 100.000 EURO und wird nach ca. 15 Jahren Einsatzzeit durchgeführt.

Trotz ihrer ständigen Überholung neigt sich die Zeit der alten grünen Wagen vom Typ TW 6000 ihrem Ende zu. Bis 2014 will die üstra 50 neue Stadtbahnen anschaffen. Die ältesten im Einsatz befindlichen Stadtbahnfahrzeuge des Typs TW 6000 werden dann ein Alter von 30 Jahren erreicht haben. Wobei die üstra bis 2023 insgesamt 146 neue Stadtbahnwagen als Ersatz für die grünen Wagen benötigt.

Nach der Besichtigung der weitgehend menschenleeren Werkstatt - die Besichtigung fand außerhalb der normalen Arbeitszeiten statt - in der sonst 200 Menschen arbeiten, wurden wir durch einen Sicherheitszaun in einen relativ kleinen, aber wesentlich belebteren Raum voller Rechner und Monitore geführt. In dieser auch von außen markant runden Steuerungszentrale sind die üstra-Leitstelle, die Schaltwarte der

FORTSETZUNG: SEITE 11

ALLES GUTE, ENNO!

Enno Isermann, langjähriger Geschäftsführer der Grünen Hannover, ist zum 1. September nach Hamburg gewechselt.



Neuen Projekten stand Enno schon immer aufgeschlossen gegenüber, so hat es im Grünen Zentrum niemanden gewundert, dass er zukünftig im schwarz-grünen Hamburg

mitmischen wird. 6 Jahre lang war Enno Geschäftsführer zuerst des alten Kreisverbandes Hannover-Stadt, dann des neu gegründeten Stadt- und Regioverbandes.

In dieser Zeit hat er die Grünen in Hannover maßgeblich mitgeprägt. Im Jahr 2007 ist Enno als Pressesprecher und Campaigner zum Grünen Landesverband gewechselt. Nun zog es ihn nach Hamburg, wo er fortan als Presse- und Öffentlichkeitssprecher in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt unter der grünen Umweltsenatorin Anja Hajduk seine Brötchen verdient.

Lieber Enno, wir werden dich sehr vermissen und wünschen dir viel Erfolg für deine kommenden Aufgaben!

FORTSETZUNG VON SEITE 10
üstra, die Leitstelle von RegioBus, die Betriebszentrale der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und die Verkehrsmanagementzentrale (VMZ) Niedersachsen/Region Hannover zusammengefasst.

Die Aufgabe der Mitarbeiter der üstra-Leitzentrale ist die Überwachung und Steuerung des gesamten Bus- und Bahnverkehrs. Neben dem Bus- und Bahnbetrieb werden aber auch die Stadtbahnstationen überwacht. Große Monitore zeigen permanent das Geschehen in den Tunnelstationen, auf den Bahnsteigen, den Treppen und Aufzügen sowie den Verteilerebenen. Aufgabe der üstra-Schaltwarte ist die Steuerung der gesamten technischen Einrichtungen der Bahnstromversorgung und der Sicherheitseinrichtungen. Die Mitarbeiter von RegioBus sind für die Betreuung von 13 Umsteigeanlagen mit 100 Linien verantwortlich. Die Betriebszentrale Hannover ist für die Verkehrssicherheit, insbesondere auf den Bundesautobahnen, die Straßentunnelüberwachung und den Verkehrswetterdienst in ganz

Niedersachsen zuständig. Und die Aufgaben der Verkehrsmanagementzentrale sind der Verkehrswarndienst, der Betrieb der Verkehrsbeeinflussungsanlagen, das Verkehrsmanagement bei Messen und Grossveranstaltungen in Hannover, inklusive dem Einsatz mobiler Anzeigesysteme und der Schaltung der Lichtsignalanlagen im Bereich AWD Arena, die Überwachung und Schaltung der Parkleitsysteme im Stadtgebiet Hannover und am Messegelände und die Schaltung der dynamischen Wegweisung mit integrierten Stauinformationen. Wie auf den Anzeigetafeln Stauinformationen und Umleitungsempfehlungen eingegeben werden wurde uns vom Leiter der VMZ zum Abschluss unserer Besichtigungstour vorgeführt und konnte von uns direkt über die Monitore mitverfolgt werden. Womit uns an diesem Tag ein spannender Blick hinter die Kulissen des hannoverschen Verkehrsgeschehens geboten wurde.

MICHAEL DETTE
michael.dette@hannover-rat.de



AUS DEM RATHAUS

DER NÄCHSTE STADTHAUSHALT STEHT BEVOR:

Der Verwaltungsentwurf für 2009 liegt nun vor. Es beginnen somit unsere Beratungen in AGs und schließlich in einer Klausur der Ratsfraktion. Deren Ergebnisse werden auf der Mitgliederversammlung am 4. November zu behandeln sein. Nach den Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner über das gemeinsame Vorgehen wird der Haushalt mit entsprechenden Änderungsanträgen in den Fachgremien und abschließend in der Ratssitzung am 18. Dezember beraten.

ROT-GRÜNE ANTRÄGE ZU THEMENSCHWERPUNKTEN:

Gegen Diskriminierungen in hannoverschen Diskotheken: Immer wieder wird ausländisch aussehenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Einlass in Diskotheken verwehrt. Die Grüne Ratsfraktion setzt sich gegen solche Diskriminierungen ein. Über einen von uns initiierten und interfraktionell geeinigten Antrag wird die Verwaltung beauftragt, ein Informationsfaltblatt für die Verteilung vor Diskotheken und Veranstaltungen mit Einlasskontrolle zu verteilen. Inhalt des Faltblattes sind die Rechte jedes Einzelnen sowie Empfehlungen zum Umgang mit Einlassverweigerungen. Darüber hinaus ruft die Grüne Ratsfraktion zu einem fraktionsübergreifenden Unterstützerkreis auf. Dieser soll klagewillige Betroffene finanziell und personell unterstützen. Es soll alles getan werden, um die Haltung der Stadtgesellschaft deutlich zu machen und Menschen in ihren Rechten und Möglichkeiten zu unterstützen.

SCHLOSS HERRENHAUSEN

Wenn es kommen soll, dann mit Vorgaben: Rot-Grün setzt für die Planung und Errichtung des Schlossneubaus durch die Volkswagenstiftung per Antrag eine Reihe von Vorgaben: In dem Architekturwettbewerb sind Büros aus der Region Hannover sowie junge Büros einzubeziehen, das Gebäude ist im Passivhausstandard zu errichten, die Dächer der Seitenflügel

sollen möglichst als Aussichtsplattform öffentlich begehbar sein, die museale Nutzung muss für die Stadt wirtschaftlich darstellbar sein, auch soll sich die Stadt nicht an Investitionen in den Wiederaufbau beteiligen. Der Rat hat über den noch abzuschließenden Erbpachtvertrag für die städtische Fläche Einflußmöglichkeiten. Das Symposium der Grünen Ratsfraktion zum Schloss Herrenhausen am 7. März 2008 hatte gute Diskussionsbeiträge als Grundlage für die Erarbeitung des rot-grünen Antrages geliefert.

FORSCHUNGSZENTRUM BEMERODER STRASSE

Rot-Grün sieht in der Ansiedlung von Boehringer ganz besondere Anforderungen und setzt Vorgaben, um die Risiken für Mensch und Umwelt durch die Ausschöpfung aller technischen und baulichen Möglichkeiten auszuschließen. Durch unabhängige Gutachter ist die Einhaltung der Emissionsvorgaben nach Fertigstellung und Inbetriebnahme der Anlage nachzuweisen. Im Sinne von Transparenz für die Öffentlichkeit und Nachbarschaft muss Boehringer umfassend während der Planung und Errichtung der Anlage informieren. Der moderierte Bürgerdialog ist auch über die Inbetriebnahme hinaus fortzusetzen. Eingriffe in Biotope sind zu minimieren, Ausgleichsmaßnahmen sollen im Baugebiet und dessen Umfeld erfolgen, das Gebäude ist energetisch höchst effizient zu bauen, auf den Dachflächen sind Photovoltaikanlagen vorzusehen, Boehringer möge Jobtickets der zukünftigen MitarbeiterInnen finanziell unterstützen. Zur Reduzierung von Tierversuchen soll Boehringer die Erforschung alternativer, tierversuchsfreier Testverfahren an der Tierärztlichen Hochschule Hannover finanziell unterstützen. Der Beschluss der Grünen MV vom 28. April, sich für Bedingungen bei der Ansiedlung Boehringer auszusprechen und die weitere Planung kritisch zu begleiten, wird damit umgesetzt.

EURE RATSFRAKTION
gruene@hannover-stadt.de
0511 168 454 33

PRIMAT DES ÖFFENTLICHEN

Die skandinavischen Gesellschaften machen es vor: Ein progressiver Sozialstaat stellt die öffentliche Deiseinsvorsorge in den Mittelpunkt, um Armut und Ausgrenzung wirkungsvoll zu bekämpfen. Ein Plädoyer von Sven-Christian Kindler für starke öffentliche Institutionen.

Millionen Kinder und Jugendliche leben in Deutschland in Armut. Nach einer Studie des DIW ist jedes fünfte Kind in der Bundesrepublik arm, da die Regelleistungen für Kinder im Rahmen des ALG II und der Sozialhilfe viel zu gering sind. Deswegen brauchen Kinder und Jugendliche eine eigenständige, armutsfeste Grundsicherung. Doch finanzielle Transfers alleine reichen nie aus, um Kinderarmut zu verhindern. Wagen wir einen Blick nordwärts. In den skandinavischen Ländern beträgt die Kinderarmut verglichen mit der Bundesrepublik nur rund ein Drittel und das Bildungssystem führt sowohl in der Spitze als auch in der Breite zu deutlich besseren Abschlüssen. Auch die Arbeitslosigkeit ist erheblich geringer und von der Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt können die meisten deutschen Frauen nur träumen. Im Gegensatz zum deutschen Sozialstaatsmodell stehen in Ländern wie Schweden oder Dänemark vor allem leistungsstarke öffentliche Institutionen im Mittelpunkt, um gesellschaftliche Teilhabe für Alle zu gewährleisten.

EINE KLUGE FINANZIERUNG IST NOTWENDIG

Soziale Gerechtigkeit und leistungsstarke Institutionen gibt es aber nicht zum Nulltarif. Die Staatsquote liegt deshalb z.B. in Schweden bei rund 55% und in Dänemark bei über 50%, während in Deutschland in den letzten Jahren die Staatsquote auf 43% gesunken ist und damit sich deutlich unter dem Durchschnitt der vergleichbaren Staaten in der EU-15 befindet. Eine kluge öffentliche Haushalts- und Finanzpolitik sollte auf Einsparungen, Umschichtungen und Einnahmesteigerungen setzen, um einen handlungsfähigen Sozialstaat zu finanzieren. Vor allem die Einnahmeseite muss durch die Streichung von Aus-

nahmestatbeständen, schärfere Steuerprüfungen, ökologisch ausgerichtete indirekte Steuern, Einnahmesteigerungen bei den Vermögenssteuern und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer konsolidiert werden

Ausbau des öffentlichen Sektors, heißt das noch mehr Behördenstaub und Bürokratie? Klar muss sein: Öffentliche Einrichtungen müssen transparenter und demokratischer gestaltet werden. Gerade kommunale, dezentrale Entscheidungsstrukturen ermöglichen, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden und so die Akzeptanz der Institutionen auch gesteigert wird.

AUSBAU DER ÖFFENTLICHEN INSTITUTIONEN

Und jetzt? Einfach das skandinavische Erfolgsrezept kopieren? Eine differenzierte Betrachtung ist sinnvoll. Die sehr niedrigen Kapitalertrags- und Unternehmenssteuern und die zum Teil paternalistische Arbeitsmarktbürokratie in Schweden sind kein Vorbild für eine emanzipatorische Sozialpolitik. Nicht desto trotz: Die Lösung der sozialen Frage in der Bundesrepublik wird entscheidend davon abhängen, in wie weit und wie schnell die öffentlichen Institutionen ausgebaut werden. Mehr KiTas, mehr Kinderkrippen, ein attraktiver und kostengünstiger ÖPNV, öffentliche und kostenlose Bildung. Dafür streiten wir GRÜNE in der Region Hannover seit Jahren und dafür gilt es sich auch im Rahmen der „SolidaRegion-Kampagne“ und im Bundestagswahlkampf stark zu machen. Für einen Sozialstaat, der Armut institutionell verhindert. Für einen Sozialstaat, der Selbstverwirklichung und Teilhabe für Alle ermöglicht.

SVEN-CHRISTIAN KINDLER
sven.kindler@gj-nds.de



GRÜNE FEIERN BUNTES FEST

Am 06. September fand das Sommerfest des Grünen Stadtverbandes mit Cem Özdemir, der 1. Vegetarischen Grillmeisterschaft und Solid Jazz auf dem Neustädter Markt statt.



DER STADTVORSTAND UND DER DESIGNIERTE BUNDESVORSITZENDE FREUEN SICH ÜBER EIN GELUNGENES SOMMERFEST.



ENNO HAGENAH IM GESPRÄCH MIT CEM ÖZDEMİR

In diesem Sommer hat der Stadtverband eine alte Tradition wieder aufleben lassen und zum ersten Mal seit einigen Jahren ein eigenes Sommerfest organisiert. Als politischer Hauptgast sprach Cem Özdemir, Kandidat für den grünen Bundesvorsitz und Mitglied der Europafraktion. Bei der Vegetarischen Grillmeisterschaft bewiesen drei Teams einer strengen Jury ihre fleischlosen Grillkünste. Am Ende verwies



DIE FACHKUNDIGE JURY BEWERTET DIE GRILLMEISTERSCHAFT.



DAS ORGANISATIONSTEAM HAT SICH EIN BIERCHEN VERDIENT

das Team der Grünen Jugend die GrillmeisterInnen des Grünen Stadtverbandes und von La Provence auf die hinteren Plätze. Abends belebte das Trio Solid Jazz den Neustädter Markt mit angenehmer Live-Musik. Der Grüne Stadtverband bedankt sich bei allen HelferInnen, die dieses Fest möglich gemacht haben, La Provence für die gute Verpflegung, Solid Jazz und DJ Anne für die Musik sowie allen Organisationen, die das Fest durch ihren Infostand bereichert haben!



DIE GRILL-CHAMPIONS: DAS TEAM GRÜNE JUGEND

JAN HAUDE

haude@gruene-hannover.de



DER 5-MILLIONEN-DEAL

Warum der Grüne Ortsverband Isernhagen die Asbestverlagerung ablehnt.

Die Region Hannover hat mit einer ortsansässigen Spedition in Wunstorf ein Paket geschnürt, das nur durch die Bereitstellung von EU-Millionen aus dem EFRE-Topf und weiteren Steuermitteln funktioniert:

Die Hinterlassenschaft der Firma Fulgurit (eine riesige Asbestzementschlammhalde von ca. 170.000 Tonnen mit ca. 12.000 Tonnen reinen Asbest) soll auf die Deponie in Hannover-Lahe "verlagert" werden. Ein halbes Jahr sollen dafür 65 LKW täglich nur mit Planen abgedeckt, über die „Todesstrecke A2“ (NP vom 2.9.08) rollen. Man spricht von Gesamtkosten von 5 Millionen Euro, von denen die EU die Hälfte übernehmen soll. Nachdem die Regionsverwaltung mit ihrem Abfallwirtschaftsbetrieb aha uns diese Planung als mehrfaches "win-win-Projekt" verkaufen wollte, haben wir uns mit anderen Kritikern zu einem "Bündnis gegen Asbest-(ver)schiebung" zusammengeschlossen. Dazu

SCHWEREN HERZENS

Warum die Grüne Regionsfraktion der Asbestverlagerung letzten Endes zugestimmt hat.

Warum muss die Halde verlegt werden?

Eine dauerhafte Sicherung und Stilllegung der Halde ist nicht möglich. Es fehlt die Fläche für die Modellierung stabiler Hänge und ausreichend wasserdurchlässige Abdeckung. Es besteht Handlungsbedarf, weil es im Haldenkörper gebildetes alkalisches Sickerwasser gibt, das im gewachsenen Boden vorhandenes Arsen löst und das Grundwasser verunreinigt. Außerdem schützt die vorhandene Haldenabdeckung nicht dauerhaft vor der Gefahr der Freisetzung von Asbestfasern.

Aktueller Anlass zur Verlegung ist auch der Wunsch der Spedition Neukirch (deren Tochtergesellschaft die Halden-Grundstückseigentümerin Eichriede-Projekt GmbH ist), die Fläche zu nutzen.

Was hat es mit den 5 Mio. Euro auf sich? - Wenn die Fläche als Gewerbefläche genutzt wird,

DIE ASBEST-DEBATTE

Die Umlagerung einer Halde mit Schlämmen aus der Asbestzementproduktion der Firma Fulgurit in Wunstorf-Luthe zur Deponie Lahe/Hannover sorgt in der Region für Diskussionen, auch unter Grünen. Der Vorsitzende des Grünen Ortsverbands Isernhagen, Siegfried Lemke, und Ulrich Schmersow, umweltpolitischer Sprecher der Grünen Regionsfraktion, beschreiben ihre Sicht der Dinge.

gehört auch der Jurist Dr. Stefan Baufeld, dem nicht einleuchten wollte, warum der Verursacher nicht für die Sanierung herangezogen wird. Er hat in einem Rechtsgutachten nachgewiesen, dass es sehr wohl möglich ist, die Fulgurit-Nachfolgefirmen für ihre "Hinterlassenschaft" verantwortlich zu machen.

Der Umweltschutzverein Isernhagen hat in seinem "26. Isernhagener Umweltgespräch" mit Hilfe von hochrangigen Experten die Gesundheits- und Umweltgefahren, die von der Region bisher verharmlost werden, zum Thema gemacht (www.umweltschutzverein.de). In der Meinung, dass es sich hierbei um einen "Wirtschaftskrimi" handeln könnte,

können für die Sanierung der Fläche EU-Fördermittel beantragt werden. Die Verlagerung der Halde auf eine Deponie stellt nach den vorliegenden Gutachten eine solche Lösung dar. Da nach Vertrag die Eichriede GmbH die Fläche an Fulgurit zurückgeben kann, wenn diese nicht nutzbar sein sollte, Fulgurit aber kein Geld hat, bliebe die Region auf allen Kosten sitzen.

Nach langen schwierigen Diskussionen und mehreren Anfragen haben die Regionsgrünen unter den Zielen keine Gefährdung für Mensch und Umwelt zuzulassen und nach einer ökologisch und ökonomisch sinnvollen Lösung zu suchen, der Haldenverlagerung nach Lahe zugestimmt, weil:

a) Handlungsbedarf besteht, die Halde stillzulegen und zu sichern.

b) wenn Eichriede nicht saniert, die Region sanieren müsste und dann die Kosten trägt. Aufgrund der Haushaltslage der Region ist es nicht sicher, wann und wie saniert werden kann.

c) wir die Wiedernutzung einer Gewerbefläche der Neuversiegelung von Flächen vorziehen.

werden wir u. a. durch den stellvertretenden Isernhagener Bürgermeister Mukrasch bestätigt, der als einziger CDU-Regionsabgeordneter dem Vorhaben nicht zugestimmt hat: Er eröffnete uns in der o. g. Veranstaltung, dass das Projekt bereits seit langem zwischen Bundes- und Landesbehörden verabredet sei. Die Auskünfte von Herrn Bernhard Klockow, FDP-Regionsabgeordneter und ehem. Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes, waren für uns ebenfalls hilfreich. Wir sind der Auffassung, dass neben den Gesundheits- und Umweltgefahren die Verschwendung von Steuermitteln droht. Wie uns bekannt geworden ist, zögert die N-Bank noch mit der Bewilligung

der Mittel für das Vorhaben. Gesundheits- und Umweltschutz sind urgrüne Themen, deshalb haben wir uns immer weiter in die Thematik eingearbeitet und die Überzeugung gewonnen, dass die vorgesehene Art des Aufbaggerns, Transportierens und Abladens gesundheitlich nicht verantwortbar ist. Denn schließlich handelt es sich um das gefährlichste Mineral der Erde, so der Toxikologe H. Kruse von der Uni Kiel. Eine einzige Faser kann Lungenkrebs auslösen.

Wir sind optimistisch, dass wir mit anderen Akteuren und Betroffenen das Vorhaben nicht verhindern können, denn schließlich fußt die Machbarkeit auf dem Messergebnis eines Instituts, das gar keine Zulassung (Akkreditierung) für Asbestmessungen hat und dessen Messprotokoll bisher nicht offen gelegt wurde.

Wir bitten die grünen Mitglieder einschließlich der Mandatsträger um Unterstützung. Weitere Infos: www.gruene-isernhagen.de.

SIEGFRIED LEMKE

sielemke@web.de



d) Andere Deponielösungen umweltunverträglich sind.

In Kooperation mit den Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover und den betroffenen Bezirksräten beantragen wir:

1. Der Transport des gesamten Materials muss in sogenannten „Big Bags“ oder mittels einer anderen gleichwertigen, anerkannten technischen Lösung erfolgen.

2. Der Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) trägt die Logistikverantwortung für Transport und Ablagerung der asbesthaltigen Abfälle aus Wunstorf-Luthe.

3. Bei allen Maßnahmen beim Lösen, Laden, Transportieren, Entladen und Einbau des asbesthaltigen Materials sind die höchstmöglichen Qualitäts- und Sicherheitsstandards einzuhalten und Verstöße durch Vertragsstrafen zu sanktionieren.

4. Es ist sicherzustellen, dass bei jeder für den Transport durchgeführten Fahrt, die tatsächlich genommene Route eindeutig nachvollzogen werden kann.

Die Regionsfraktion hat diese Entscheidung schweren Herzens

gefällt, denn uns war klar, dass damit eine unpopuläre Maßnahme mit hoher öffentlicher Brisanz und schwierigen parteiinternen Diskussionen zu bewältigen sein würde. Dennoch halten wir an dem Beschluss fest, weil diese Lösung verantwortungsbewusst und langfristig ökologisch und ökonomisch die nachhaltigste ist und weil Nichthandeln (hier) keine Option ist. Keine Frage: Asbest ist hochgradig gefährlich. Ein Transport über die A2 ein potenzielles Risiko. Unangenehme Überraschungen in der Halde schließen wir nicht aus.

Nachhaltige Umweltpolitik wird in Zukunft gerade für uns Grüne immer auch bedeuten, Umweltprobleme zu lösen gegen die wir gekämpft haben, die wir nicht verursacht haben aber die wir verantwortlich beseitigen müssen. Diese Verantwortung sollten wir gemeinsam – im Sinne des Wohls aller Menschen in der Region und der Umwelt - tragen. Dafür stehen wir!

ULRICH SCHERSOW

ulrich.schmersow@hannover-stadt.de



Die systemische Aufstellung, ursprünglich ein Verfahren der systemischen Familien- und Psychotherapie und schon längst im Bereich des Coaching gang und gäbe, ist nun auch in der Politik angekommen. Auf Initiative von Christopher Bodirsky haben wir im Juni dieses Jahres einmal den Versuch unternommen, über eine systemische Aufstellung einen anderen Zugang zu Politik zu versuchen. Experimente sind allerdings offensichtlich auch bei GRÜNs nicht (mehr?) der Brüller: Wir waren ein recht überschaubarer Kreis. Aber das kennt man ja; was mich allerdings ehrlich erstaunte: Ich war als einzige Frau dabei. Das hatte ich genau anders herum erwartet. Also wurde es so etwas wie eine „Aufstellungs-Miniatur“, die aber nicht minder spannende Ergebnisse brachte.

Als ersten Schritt suchten wir eine Fragestellung, die mit relativ wenigen Personen Sinn macht, und landeten schließlich bei der "Ohnmacht in der politischen Arbeit" – ein allseits wohlbekanntes Phänomen. Folgende Elemente wurden für die Aufstellung bestimmt und jeweils mit einer/m von uns als StellvertreterInnen „besetzt“:

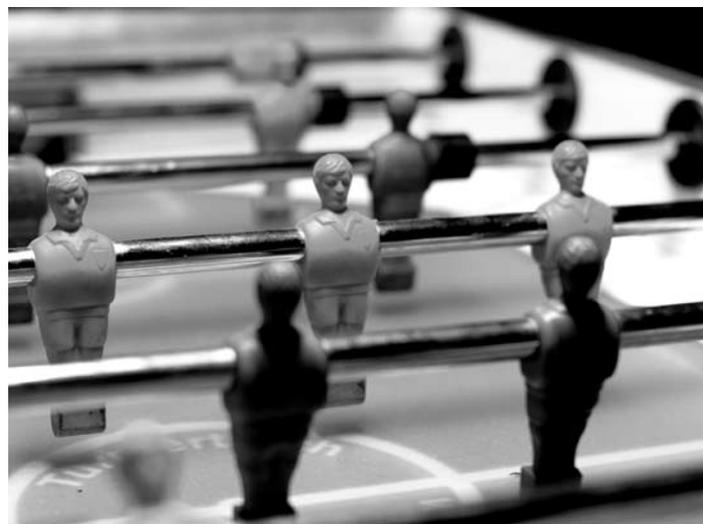
- die Struktur (also die Partei-Struktur, die im Vorverdacht stand, alles Neue zu behindern)
- die Vision
- die Mitglieder
- das Ziel (einer Partei – die können ja unterschiedlich sein).

Besonders interessant für mich, die ich ja selber aus der therapeutischen Arbeit komme, war die Tatsache, dass die Aufstellung verdeckt durchgeführt wurde: Niemand wusste zunächst, welches der vier Elemente er/sie vertritt. Die Aufgabe bestand darin, sich selbst im Raum und zu den anderen Elementen zu positionieren und dabei auf die eigenen Wahrnehmungen und Impulse zu achten. Die verdeckte Form war zugleich hilfreich, eigene Interpretationen oder Vorurteile bezüglich der aufgestellten Elemente herauszuhalten und offen für eine neue Sichtweise zu bleiben.

Nach der eigentlichen Aufstellung und der anschließenden Auflösung, wer welches Element vertreten hatte, wurden die verschiedenen Wahrnehmungen aus den eingenommenen Positionen

POLITISCHE AUFSTELLUNG

Ein Experiment im Senior-Blumenberg-Gang



AUF DIE RICHTIGE AUFSTELLUNG KOMMT'S AN.

FOTO: © 1 2 3 SPANAUT

heraus analysiert – und da gab es eine Reihe echter Überraschungen!

Die (Partei) „Struktur“, der wir in der Vorbesprechung alle einstimmig so große Macht zugesprochen hatten, fühlte sich während der gesamten Aufstellung sehr unsicher. Sie fand im Grunde gar keine eigenständige Position und war immer nur damit beschäftigt,

zwischen der „Vision“ und dem „Ziel“ zu vermitteln.

Diese beiden wiederum vertrugen sich gar nicht, sie fühlten sich intuitiv von einander abgestoßen. Dabei behielten sie sich jedoch gegenseitig ständig im Blick und waren immer dann halbwegs zufrieden, wenn die „Struktur“ sich vermittelnd zwischen sie stellte. Diese drei Elemente wa-

ren die ganze Zeit mit sich selbst beschäftigt, während das Element „die Mitglieder“ so gut wie gar nicht beachtet wurde.

Dieses wiederum war ständig auf der Suche nach einer Position, wo es von den anderen (Struktur, Vision und Ziel) gesehen und zur Kenntnis genommen wird. Da dieses nicht gelang, blieb bis zum Schluss das Gefühl, übersehen zu werden.

In der mehr als einstündigen, sehr lebhaften und hochspannenden Diskussion wurde schließlich die Hypothese entwickelt, dass die „Vision“ die „Fundis“ und das „Ziel“ die „Realos“ repräsentierten. Diese - von beiden Elementen eindeutig gespürte - Abneigung gegeneinander war jedenfalls schon bemerkenswert. Die Schwäche der „Struktur“ hat alle überrascht und gab den Anlass dafür, die prinzipielle Skepsis den Partei-Strukturen gegenüber doch mal zu überdenken. Andererseits fiel die Missachtung der „Mitglieder“ auf. Deren Existenz war zwar allen anderen Beteiligten durchaus präsent, aber es fand keine interessierte Hinwendung, keine Kontaktaufnahme auf Augenhöhe statt. Was sich für die „Mitglieder“ sehr unbefriedigend anfühlte. - Anlass genug, unseren persönlichen, menschlichen Umgang miteinander mal auf den Prüfstand zu stellen?

Noch viele kleinere Episoden lieferten die Basis für spannende Gespräche. Es hat allen sehr viel Spaß gemacht. Ein Resümee war: „Das war spannender, als alle AGs, die ich bisher besucht hatte!“

Insgesamt war es ein sehr lohnendes Experiment, das für jede/n Einzelne/n einen völlig neuen und unverkrampften Blick auf Politik und so ganz nebenher eine äußerst spannende Analyse der Parteistrukturen ermöglichte. Deshalb sollte dieses Experiment unbedingt wiederholt werden. Und da eine solche Aufstellungsarbeit nur wirksam werden kann für diejenigen, die aktiv daran teilnehmen: Macht alle mit!

Ich hoffe, Euch mit diesem Bericht ein wenig neugierig gemacht zu haben auf neue Wege in der Politik – eine spannende Vision.

DAS EXPERIMENT GEHT WEITER...

Auch wenn wir beim ersten Mal nur eine kleine Gruppe waren – in einem waren wir uns einig: Das war so spannend, das müssen wir fortsetzen! Hier ist der nächste Termin:

Wann: Dienstag, 30. September 2008, 18:30 – ca. 21:30 Uhr

Wo: Keller Senior-Blumenberg-Gang

Wer: Jeder, der Lust auf ein Experiment hat.

Leitung: Christopher Bodirsky

Wer an dem Tag verhindert ist, zukünftig aber über die Termine informiert werden will, sende mir bitte eine kurze Mail an info@bodirsky-systeme.de oder rufe mich an: 0511/90 46 90 90.

Christopher Bodirsky ist Sprecher der Nordgruppe und Mitglied im Leitungskreis der 'Deutschen Gesellschaft für Systemaufstellungen – DGfS e.V.'

Wer mehr über Aufstellungsarbeit wissen will: www.familienaufstellung.org

MARTINA WEISS

martina.weiss@gruene-hannover.de



DAHEIM BEI PETRA K.

Ein Ort für „Grüns“

Bei „Grüns“ geht es ja manchmal mal hoch her: Streit, Diskussion und Auseinandersetzung sind in unserer Familie immer noch gang und gäbe. Und meistens geht es darum, die eigene Meinung durchzusetzen.

Aber es wird auch zugehört. Und es gibt durchaus ruhigere Momente, in denen zusammensitzen angesagt ist; und Schwärmerie „über die gute alte Zeit“ oder Plauderstunden über Ideen für morgen; bei Wein, Bier, Wasser oder was auch immer; in Gesellschaft mit Büchern,

Zeitungen oder Filmen; oder einfach als Party. Das alles gibt es bei uns. Aber nicht immer finden wir die passende Umgebung dafür.

Unser „Zuhause“ im Senior-Blumenberg-Gang jedenfalls ist nicht wirklich dazu angetan, alle diese Aktivitäten zu beherbergen. Zum Reden reicht's – aber ansonsten lässt die Gastlichkeit zu wünschen übrig.

Das möchten wir ändern.

Sitzen, reden, lesen, diskutieren, trinken, abhängen, streiten oder einfach nur da sein – das sollte in Zukunft im Grünen Zentrum möglich sein. Im Klubkeller bei Petra K.

Was meint Ihr? Ein ansprechendes Getränkeangebot, lauschige Sitzcken, aktuelle Tageszeitungen, eine kleine Bibliothek, ein Fernsehgerät mit DVD-Player und das alles in angenehmer Licht- und Raumstimmung – findet Ihr nicht

auch, dass es spannend wäre, wenn wir einen Laden hätten, in dem natürlich nach wie vor unsere AG, MV und andere Sitzungen stattfinden, der aber zugleich mehr Geselligkeit ermöglicht?

Daran arbeiten wir seit geraumer Zeit. Es gibt Fragen, Ideen und erste Pläne. Die würden wir Euch gern erläutern und zugleich schon mal „proben“, wie es wäre, wenn wir einen Keller-Club hätten. Deshalb laden wir für Freitag, den 24. Oktober zu einem „Probearm“ ein.

„Zu Gast bei Petra K. – wie feiertauglich

sind Grüns?“ Ab 19 Uhr im Keller des Grünen Zentrums im Senior-Blumenberg-Gang. Als kleine Show der großen Möglichkeiten werden wir ein rasantes Programm mit abwechslungsreichen Beiträgen von verschiedensten Leuten vorführen. Danach wird es flimmerig und geschwätzig zugehen mit Musik und Getränken. Und Ihr werdet hoffentlich dabei sein. Mit anderen Worten: Ihr seid herzlich eingeladen.

PS.: Wer neugierig ist auf das, was passieren wird, vielleicht sogar eigene Ideen für einen kleinen 5-10minütigen Beitrag hat, ist herzlich eingeladen, zu unserem letzten Programm-Vorbereitungstreffen am Freitag, den 19.9. um 18.00 in das EG des Senior-Blumenberg-Gang 1 zu kommen.

ENNO HAGENAH

enno.hagenah@
lt.niedersachsen.de



DIE GRÜNE EUROPA-UNI

„Hört mit der intellektuellen Masturbation auf!“ – Ein Bericht zur Green European Summer University 2008

Wir stehen bereits wieder vor einem Wahlkampf: Die Europawahlen 2009. Und mit „wir“ meine ich nicht nur uns hier in Hannover sondern die Grünen europaweit. Um sich auf diesen Wahlkampf vorzubereiten und eine Standortbestimmung der European Greens vorzunehmen, hat die Fraktion des Europaparlaments die erste Green European Summer University organisiert, um Austausch und Ideen zu fördern. Diese Sommeruniversität fand vom 28.-31.08.2008 in Frankfurt/Oder

und Stubice statt – und ich war dabei. Den ersten Tag, der vor allem Freizeitgestaltung und Green Campus-Seminare anbot, habe ich verpasst, war dann aber Freitag pünktlich zu einer interessanten Exkursion in das Kohlebergbau-Gebiet Südbrandenburgs da. Obwohl ich ursprünglich aus diesem Bundesland komme, kannte ich die Gegend gar nicht und war ob der Schönheit der Natur überrascht. Im gleichen Maße war es bedrückend, statt des Dorfes Horno (vielleicht habt ihr in den Medien den Rechtsstreit um dessen Abbaggerung mitbekommen) eine Mondlandschaft bevölkert von riesigen Braunkohlebaggern zu betrachten.

Nach der Exkursion ging es dann mit dem „richtigen“ Programm los: es wurden über das Wochenende verteilt ungefähr 40 verschiedene Workshops sowie diverse Podiumsdiskussionen rund um europapolitische und grüne Themen angeboten. Ich besuchte drei sehr verschiedene Workshops: Grüner Lebensstil, Sprachpolitik und Europas BürgerInnen nach dem Nein Irlands zum Vertrag von Lissabon. Ich hatte

mir von allen drei sehr viel versprochen und muss an dieser Stelle leider zugeben, überwiegend enttäuscht worden zu sein. Trotz der so vielversprechenden Themen gelang es den ModeratorInnen und ReferentInnen oft nicht, ein Gleichgewicht zwischen Input und Diskussion herzustellen. Im Workshop zur Frage, wie wir die EuropäerInnen integrieren und

für Europa begeistern können, blieben nach einem am Thema vorbeigehenden, sich nur auf Irland konzentrierenden Vortrag noch knapp

20 Minuten für Beiträge der Teilnehmenden. So etwas sollte nicht passieren – erst recht nicht, wenn Profis vor einem sitzen. So lief es aber in einigen anderen Workshops. Nur: so können wir Europa nicht gestalten oder gar verbessern, wenn wir Grüne es nicht mal unter uns schaffen, einen Dialog herzustellen, der gemeinsame Ideen hervorbringt und fördert.

Trotz gemischter Gefühle, denke ich dass die Sommeruniversität ein Erfolg war: zum einen für mich persönlich, da es wunderbar war, viele Leute aus der Zeit meines Praktikums im Europaparlament wiederzusehen. Zum anderen gab einen regen Austausch verschiedener grüner Generationen, Bewegungen und politischer Ebenen.

Als Fazit möchte ich die Aufforderung übernehmen, die eine junge Grüne während des Abschlussplenums einbrachte: Stopp mit der intellektuellen Masturbation und lasst uns endlich handeln!

CAROLIN FRIEDEMANN

carolin.friedemann@
hotmail.de



GREEN EUROPEAN SUMMER UNIVERSITY 2008. FOTO: © 1 2 3 4 5 MAGISTERFORAN

NICHT SCHON WIEDER!



Trotz der nach wie vor nicht geklärten Endlagerfrage sollen im November wieder Castoren nach Gorleben rollen. Die Atomlobby versucht immer offensiver den Ausstieg aus dem Ausstieg zu schaffen. Dagegen wollen wir am **8. November in Gorleben** ein Zeichen setzen. Komm mit zur bundesweiten Demonstration für den Atomausstieg!

Bus-Tickets gibt es ab 20. September im Grünen Zentrum, unter 0511-300 88 66 und region@gruene-hannover.de.

I M P R E S S U M

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Hans Mönninghoff, Dieter Albrecht, Herbert Hoppe, Michael Dette, Dietmar Beck, Raoul Schmidt-Lamontain, Regine Kramarek, Ingrid Wagemann, Stephan Beins, Enno Hagenah, Eberhard Röhrig-Van der Meer, Jan Haude, Jeanette Weinrich, Maaret Westphely, Mark Meißner, Günter Wulfert, Sven-Christian Kindler, Siegfried Lemke, Ulrich Schmiersow, Katja Busch, Martina Weiß, Christopher Bodirsky, Carolin Friedemann, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 96546-0

Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im Dezember 2008.



**Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover**

Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66
region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

**Bankverbindung:
Kontonr.: 8418700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10**

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht!

Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.

T E R M I N E

17.09. AG Frauen, Frauen-Treffpunkt, Jakobistr. 2	17:00	07.10. AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1	18:15
17.09. AG Umwelt & Energie	17:30	07.10. AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1	18:30
17.09. Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen, Information und Diskussion zum Bedingungslosen Grundeinkommen im Café les' ersatz, Limmerstraße 82	19:00	08.10. AG Wirtschaft & Finanzen, Senior-Blumenberg-Gang 1	17:00
18.09. Bezirksrätetreffen, Rathaus, Raum Leipzig	18:00	09.10. Verkehrs-AG (Schwerpunkt Region), Besuch bei Metronom in Uelzen	13:40
19.09. Gründung Arbeitsgemeinschaft Aktion, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1	17:00	10.10. 4.Regionale Plattform, Regionshaus	16:00
20.09. Mitgliederversammlung Regionsverband, Kurt-Hirschfeld-Forum, Lehrte	13:15	13.10. AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1	18:00
22.09. Verkehrs-AG (Schwerpunkt Region), Hildesheimer Straße 20	18:00	22.10. AG Frauen, Frauen-Treffpunkt, Jakobistr. 2	17:00
25.09. AG MigrantInnen, Senior-Blumenberg-Gang 1	18:30	24.10. Asse und Gorleben – ein Konzept löst sich auf. Mit Stefan Wenzel. Üstra-Remise	16:30
26.09. Die Grünen und die soziale Frage, Freizeitheim Linden	15:00	24.10. Zu Gast bei Petra K., Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1	19:00
27.09. Tag der offenen Tür im Rathaus der LHH		29.10. AG Umwelt & Energie	17:30
29.09. Bürgerrechtsaktion mit Silke Stokar auf dem Kröpcke		30.10. LDK-Delegiertentreffen, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1	18:00
29.09. AG Bauen, Wohnen, Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1	18:00	01.11. Landesdelegiertenkonferenz, Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl in Wolfsburg	
30.09. Sozial-ökologische Antwort auf steigende Energiepreise mit Bärbel Höhn, Mosaiksaal, Neues Rathaus	17:00	04.11. Mitgliederversammlung Stadtverband zu Haushalt, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1	18:00
01.10. AG Umwelt & Energie	17:30	06.11. Regionsparteiart, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1	19:00
06.10. AG Bauen, Wohnen, Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1	18:00	03.11. Verkehrs-AG (Schwerpunkt Region), Hildesheimer Straße 20	18:00
06.10. AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1	18:00	08.11. Anti-Castor-Demo in Gorleben	13:00
07.10. AG Organisation & Personal, Senior-Blumenberg-Gang 1	14:30	14.11.-16.11. 28. Bundesdelegiertenkonferenz in Erfurt	



Weitere Termine:
www.gruene-hannover.de

DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR IM GRÜNEN ZENTRUM.

INTERESSENTINNEN SIND HERZLICH WILLKOMMEN!